

GLEICHSTELLUNG JETZT!

HERAUSFORDERND

Demokratie in der Schule muss in den Schulalltag integriert und aktiv gelebt werden.

Seite 20

ANDERS LERNEN

In Dortmund ermöglicht ein Projekt obdachlosen jungen Menschen einen Schulabschluss.

Seite 30

SPRACHE ALS SCHLÜSSEL

Seit 20 Jahren lernen Zugewanderte in Integrationskursen Deutsch. Ein Erfolgsmodell mit Mängeln.

Seite 36



Seit fast 100 Jahren
Partner des öffentlichen Dienstes

SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Hier gibt es nichts zu korrigieren.

Unsere leistungsstarken Versicherungen für Lehrerinnen und Lehrer.

Vorbereiten, unterrichten, korrigieren: Lehrerinnen und Lehrer haben jeden Tag Wichtigeres zu tun, als sich mit Versicherungen zu beschäftigen. Wir übernehmen das gern für Sie und bieten maßgeschneiderte Versicherungspakete und eine kompetente Rundum-Beratung.

Weitere Informationen finden Sie hier:



SIGNAL IDUNA Gruppe
Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, oed-info@signal-iduna.de

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Gleichstellung jetzt!

Damit sich endlich etwas ändert	6
---------------------------------	---



Steuerpolitik heißt: steuern	12
Interview: Teufelskreis unbezahlte Sorgearbeit	16
GEW-Kommentar: Mehr „revolutionäre Geduld!“	18

Bildungspolitik

Didacta: Demokratiebildung in der Schule	20
--	----



Ergänzender Didacta-Beitrag „KI in der Bildung“:
gew.de/ew-3-25

Integrationskurse: Sprache als Schlüssel	36
--	----

Internationales

Ukraine: Gewerkschaftskooperation gestartet	24
---	----

Schule

Lehrkräftefortbildung: Spuren guter Praxis	25
Unangekündigte Tests: Nicht mehr zeitgemäß	40

Hintergrund: Bildungsbenachteiligung

Startchancen-Programm: Bisher null Cent	26
Straßenschulen: Lernen im eigenen Tempo	30
Interview zur FES-Studie „Kitas 2. Klasse?“	33

Gesellschaftspolitik

Urteil zu NS-Täter: Kein „Recht auf Vergessen“	39
--	----

Nachruf

Ursula Herdt: Klug, streitbar, reflektiert	43
--	----

Mitgliederforum

44

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 77. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de

Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

KEIN ANGEBOT DER ARBEITGEBER

Auch bei der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen legten die Arbeitgeber kein Angebot vor. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kündigten deshalb weitere Warnstreiks an. „Die Arbeitgeber blockieren alle wesentlichen Verhandlungspunkte und weisen die Forderungen der Gewerkschaften als unfinanzierbar zurück. Das werden wir nicht hinnehmen und unsere Warnstreiks ausweiten“, sagte die GEW-Vorsitzende Maiko Finnern nach Abschluss der zweiten Runde Mitte Februar in Potsdam. Die Gewerkschaften fordern 8 Prozent, mindestens jedoch 350 Euro mehr Gehalt sowie drei zusätzliche freie Tage im Jahr. Der Tarifabschluss soll eine Laufzeit von einem Jahr haben. Ob es in einer dritten Verhandlungsrunde zu einer Einigung kommen kann, sei offen, erklärte Finnern. Die Arbeitgeber seien meilenweit von den berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen entfernt. Die dritte Verhandlungsrunde ist vom 14. bis 16. März in Potsdam geplant.



RECHTE VON TEILZEIT-BESCHÄFTIGTEN GESTÄRKT

In einer wegweisenden Entscheidung hat das Bundesarbeitsgericht (BAG 8 AZR 370/20) am 5. Dezember 2024 klargestellt, dass Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte diesen bereits ab Überschreiten ihrer regelmäßigen Arbeitszeit zustehen, nicht erst ab Überschreiten der regelmäßigen Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten. Sobald die Urteilsbegründung vorliegt, werden wir detailliert berichten. Das Urteil dürfte eine große Zahl von Tarifverträgen betreffen. Denn viele Tarifverträge enthalten Regelungen, nach denen für Mehrarbeit in Teilzeit bis zum Erreichen der Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten keine

Überstundenzuschläge gezahlt werden. Solche Regelungen sind voraussichtlich nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts nicht mehr zulässig.

Die GEW setzt sich nicht erst seit diesem Urteil dafür ein, diese diskriminierenden Regelungen aus allen Tarifverträgen zu streichen.

BETRIEBSRÄTE-PREIS 2025

Die Bewerbungsrunde für den „Deutschen Betriebsräte-Preis 2025“ ist eröffnet. Noch bis zum 30. April können Initiativen und Projekte aus den Jahren 2023 bis 2025 eingereicht werden, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Bewältigung von Krisen im Betrieb führen oder geführt haben. Teilnehmen können Betriebsratsmitglieder, Betriebsratsgremien (auch Gesamt- und Konzernbetriebsräte sowie Europäische Betriebsräte), betriebsübergreifende Betriebsratskooperationen, Mitarbeitendenvertretungen, Jugend- und Auszubildenden- sowie Schwerbehindertenvertretungen über den Betriebsrat.

AUSBILDUNGSVERBOT FÜR ANGEHENDE LEHRERIN

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW hat die Solidaritätserklärung des GEW-Landesverbandes Bayern für die Klimaaktivistin Lisa Poettinger unterzeichnet, die wegen ihres politischen Engagements vom bayerischen Kultusministerium nicht zum Referendariat für das Lehramt am Gymnasium zugelassen wurde. Das bayerische Kultusministerium wirft Poettinger vor, Verfassungsfeindin zu sein, und begründet das unter anderem damit, dass sie Mitglied der Gruppe „Offenes Antikapitalistisches Klimatreffen München“ ist, das der bayerische Verfassungsschutz als linksextrem einstuft.

Die GEW Bayern beurteilt den Fall anders: Besonders an Schulen, an denen Kinder und Jugendliche in Demokratie, Kritikfähigkeit und Meinungsfreiheit erzogen werden sollten, seien politisch engagierte Lehrkräfte erforderlich, die diese Werte nicht nur vermittelten, sondern auch selbst vorlebten. Die GEW unterstützt Poettinger weiterhin juristisch.

PRÄMIE DES MONATS



März: GEW-Bento Box

Schick und umweltbewusst: Mit dieser Bento Box können Speisen sicher und praktisch transportiert werden. Der Bambusdeckel – mit GEW-Logo-Gravur – kann als Schneidebrett verwendet werden. Geeignet für Geschirrspüler, Gefrierschrank und Mikrowelle.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praemie



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



UTA SCHNEIDER-GRASMÜCK ARBEITET ALS LEHRERIN UND ALS GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE. SIE KRITISIERT, DASS LEITUNGSSTELLEN IN SCHULEN IMMER NOCH ÜBERWIEGEND VON MÄNNERN BESETZT SIND.

Foto: Christoph Bächtle

DAMIT SICH ENDLICH ETWAS ÄNDERT

ANJA DILK
freie Journalistin

Die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau steht bereits im Grundgesetz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, heißt es in Artikel 3. Wie aber steht es 2025 um die Gleichstellung im Land? Was hat sich in den vergangenen Jahrzehnten getan, welche Fortschritte wurden erreicht, wo hakt es noch? Eine Reise zu vier Frauen aus Ost und West.

„Eine Apfelschnitzchen schneidende Bastel-Mutti war ich nie.“

Uta Schneider-Grasmück, Gymnasiallehrerin und Beauftragte für Chancengleichheit in Tübingen

Uta Schneider-Grasmück ist schon erwachsen, da wird ihr klar: Die klassische Vorstellung von Familie hat sie mehr geprägt, als sie immer dachte. Ihre Mutter kümmerte sich um Kinder und Haushalt, der Vater, ein Maschinenbauingenieur bei Daimler, verdiente das Geld. Denn welche Spielräume gab es schon für Mütter und Väter in den 1970er-, 1980er-Jahren in Gaggenau, einer Kleinstadt in der Nähe von Baden-Baden? Kita und Schule gab es nur vormittags und das nicht verlässlich. Und eine Babysitterin organisieren? Auf dem Land kaum möglich.

Dennoch sind die Rollenbilder in Schneider-Grasmücks Familie nicht nur klassisch. Der Vater ermuntert seine Tochter: „Ein Mädle kann alles.“ Der Vater begleitet sie auch zu ihrem Sport: Skislalom. Sie ist das einzige Mädchen im Team, „da habe ich gelernt: Mädchen können genauso schnell den Berg runter wie die Jungs“. Das Selbstbewusstsein trägt Schneider-Grasmück mit henna-rotem Haar nach außen, in der Schule gilt sie „als Emanze“, feministisch, politisch meinungsstark. Das ist sie bis heute. Und doch: Nach der Familiengründung geht sie „automatisch“, wie sie sagt, in Elternzeit, arbeitet danach Teilzeit weiter. „Das war bei allen hier so.“ Trotzdem ist es „eine harte Zeit“ für Schneider-Grasmück, „eine Apfelschnitzen schneidende Bastel-Mutti war ich nie“.

Seit 2024 arbeitet Schneider-Grasmück Vollzeit, halb im Gymnasium, halb als Beauftragte für Chancengleichheit (BfC) für Schulen am Regierungspräsidium Tübingen. „Es kann doch nicht sein, dass Leitungsstellen überwiegend von Männern besetzt sind, obwohl viel mehr Frauen in Schulen arbeiten.“ Sie ermutigt geeignete Kandidatinnen: Bewerbt euch, ihr schafft das. Unterstützt sie, wenn sie Chefinnen in Teilzeit werden wollen. „Natürlich geht das, lasst es uns gut planen.“ Bei ihrer Arbeit sieht sie auch, wie verbreitet heute noch sexuelle Übergriffe auf Frauen im Job sind, manchmal als Missbrauch, oft als kleine Grenzüberschreitungen im Alltag. „Eine Beschwerdestelle für Lehrerinnen – das wäre ein Schritt in die richtige Richtung.“

„Gleichstellung ist eine Schnecke.“

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende

Mit dem Aufzug geht es hoch in den elften Stock. „Hallo, willkommen.“ Elke Hannack, graue Kurzhaarfrisur, rote Brille, anpackendes Lachen, bittet in ihr lichtdurchflutetes Reich. Seit 13 Jahren tritt Hannack dafür ein, dass sich etwas ändert: Gender Pay Gap, Gender Care Gap, Gender Pension Gap. Sie sagt: „Gleichstellung ist eine Schnecke.“ Es brauche einen „Akt des Widerstands, auch in den Gewerkschaften ist das nicht immer leicht“. Sich unter Männern durchzusetzen, hat Hannack früh gelernt. Der Vater ist Polizist, er bringt ihr „alles bei, was im Leben wichtig ist“. Autos reparieren, Motoren tauschen, Elektrik verlegen. Die Mutter ist Verkäuferin in einem Supermarkt, zeigt den Brüdern Kochen und Putzen. „Wir waren zwei Jungs, drei Mädchen, alle mussten alles machen.“ Ungewöhnlich im Münsterland der 1970er-Jahre.

DIE STELLVERTRETENDE DGB-VORSITZENDE ELKE HANNACK FINDET, DASS VOR ALLEM DIE WIRTSCHAFTLICHE GLEICHSTELLUNG DER FRAUEN WICHTIG IST.



Foto: DGB Pressebild

Hannack selbst fühlt sich in Jungenkreisen wohl, liebt den Bolzplatz. Die Schule fällt ihr leicht, sie ist Meinungsführerin, Schulsprecherin. „Dass viele Familien andere Rollenbilder im Kopf hatten, fand ich doof.“ Auch ihre Eltern bekommen die alten Vorstellungen zu spüren. Als die Mutter in der Ortssparkasse einen Kredit beantragt, ruft der Filialleiter den Vater an: Wir brauchen Ihre Unterschrift. Der erscheint sofort, in Uniform. „Meine





WSI-DIREKTORIN PROF. BETTINA KOHLRAUSCH SIEHT GLEICHBERECHTIGUNG NICHT NUR ALS EINE SACHE ZWISCHEN FRAUEN UND DEM STAAT; SIE MÜSSE AUCH ZUR SACHE ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN WERDEN.

Foto: HB5

>>> Frau verdient eigenes Geld, sie entscheidet selbst. Sonst wechseln wir die Bank.“ Die Sparkasse gibt nach – und schafft die Zustimmungsregel für alle Frauen im Ort ab. Es lohnt sich zu kämpfen, die Lektion hat Hannack mitgenommen. Neben der Schule jobbt sie bei ihrer Mutter im Supermarkt, macht weiter nach dem Abitur. Es ist ein Leben zwischen den Welten: Theologiestudium in Münster, festangestellte Verkäuferin im Supermarkt. Als sie hört, dass die Sozialabgaben der Belegschaft, fast 95 Prozent Frauen, falsch abgerechnet werden, gründet sie einen Betriebsrat. Mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) erstreiten sie gemeinsam vor Gericht fünf Jahre rückwirkend die Nachzahlung. Gewerkschaftsarbeit wird Hannacks Leben. Statt ihr Studium zu beenden, macht sie Karriere – zunächst bei der HBV, dann bei ver.di, bis sie zum DGB wechselt. Seit ihrem 18. Lebensjahr ist sie aus christlicher Überzeugung CDU-Mitglied. Es sei durchaus einiges vorangekommen, findet Hannack heute. Mehr Frauen verdienen ihr eigenes Geld, wenn auch meist in Teilzeit. Es gibt mehr Kinderbetreuung, wenn auch regional unterschiedlich. Es gibt Elterngeld, wenn es auch seit vielen Jahren nicht erhöht wurde. Ein wirksames Entgelttransparenzgesetz, das Unternehmen

in die Pflicht nimmt und Gehälter offenlegt, das wäre jetzt ein wichtiger Schritt gegen den Gender Pay Gap. „Wirtschaftliche Gleichstellung ist zentral“, sagt Hannack. „Ehegattensplitting und Steuerklasse 5 müssen weg.“ Gleichstellung müsse Teil aller Politikfelder sein, „sonst ist Politik männlich geprägt, ohne dass wir es merken“.

„Es gibt eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen.“

Prof. Bettina Kohlrausch, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung

Welche unbewussten Mechanismen bremsen Gleichstellung? Prof. Bettina Kohlrausch beschäftigt diese Frage seit ihrem Studium. 2020, zu Beginn ihrer Arbeit als WSI-Direktorin, macht sie eine Umfrage zur Aufteilung der Sorgearbeit während Corona – und ist geschockt: „In den vergangenen 20 Jahren hatte sich exakt nichts geändert, es gibt eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen.“ Was steckt dahinter?

Erkenntnis eins: Die „doppelte Vergesellschaftung“, wie es im Soziologendeutsch heißt, zementiert die Verhält-

nisse. Denn wo sich das Leben um Erwerbsarbeit herum organisieren muss, wird Sorgearbeit zum Beiwerk. Weil beide Systeme unterschiedlichen Logiken folgen – Karriere durchziehen oder das Kind um 16 Uhr abholen –, müssen Mütter scheitern. „Die Strukturen spiegeln sich in ihrem Leben, auch wenn sie glauben, frei entschieden zu haben.“ Erkenntnis zwei: Es sind die Vorstellungen von Mütterlichkeit und Väterlichkeit, die den Spagat immer noch vor allem den Frauen überlässt. Für viele Männer ist die Anerkennung im Job wichtiger. Vor allem Männer sind nach Umfrageergebnissen immer noch davon überzeugt, dass Mütter für die Kinder wichtiger sind als Väter. In ihrem Leben hat Kohlrausch die Macht der Mechanismen selbst gespürt. Kohlrausch ist 1976 in Bonn geboren, ihre Mutter alleinerziehend und als Vollzeitlehrerin finanziell unabhängig, Geschwister gibt es nicht. „Wir waren ein starkes Frauenteam“, sagt Kohlrausch. Was hilft es, dass sich Kohlrausch und ihre Freundinnen als Feministinnen verstehen? Überall legen sich die subtilen gesellschaftlichen Erwartungen wie ein feines Spinnennetz über den Alltag. Als Kohlrausch im Leistungskurs Deutsch fragt: „Können wir nicht mal ein Buch von einer Frau lesen?“, rollen alle die Augen. Als sie sich in der Uni bei den Jusos engagiert, setzen meist Männer ihre Positionen durch. „Ich habe es meinem Unvermögen zugeschrieben. Natürlich dachte ich nie einfach, der ist ein Mann, der kann es besser. Aber wen ich klug fand, wessen Anerkennung ich haben wollte, das waren alles Männer. Dass es ein selbstreferenzielles System ist, in dem sich Männer gegenseitig stärken, habe ich null reflektiert; und die Männer auch nicht.“

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung hat Kohlrausch die Augen geöffnet. Als sie in den 2010er-Jahren eine Familie gründet, lässt sie ihrem Mann keine Wahl: Erziehungs- und Hausarbeit teilen sie 50:50 auf. Dass beide im öffentlichen Dienst arbeiten, macht es leichter. „Letztlich ist es eine kulturelle Frage. Für meinen Mann kam es ebenso wenig infrage, unsere Söhne nur mir zu überlassen, wie umgekehrt.“

Kohlrausch sagt: „Gleichstellung schien lange Zeit vor allem eine Sache zwischen Frauen und Staat zu sein. Gesetze, Regularien. Sie muss auch zur Sache zwischen Frauen und Männern werden, sonst ändert sich nichts.“ Was übernimmst du, was ich? Die Wissenschaft sollte die relevanten Fragen dazu stellen: Wie können wir Spielräume erweitern? Was lässt sich mit einer anderen betrieblichen und tariflichen Zeitpolitik bewegen? Und natürlich: Wie gelingt die Angleichung der Löhne? >>>



Gefördert durch:
 Bundesministerium für Digitales und Verkehr
 aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

UNFÄLLE IM STRAßENVERKEHR

durch Smartphones?

Unterrichtsmaterial ab der 3. Klasse hier **kostenlos herunterladen**



Öffentlicher Dienst

BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark seit 120 Jahren.



Von Beamten für Beamte gegründet, stehen wir seit 1905 für eine Gemeinschaft, die sich gegenseitig unterstützt. Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.

Debeka
 Versichern und Bausparen



Foto: Foto Peter

AUF DEM PAPIER GEBE ES SEHR GUTE GLEICHSTELLUNGSREGELUNGEN, SAGT SABINE JEPP, GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE BEIM SCHULAMT IN GREIFSWALD. OFT BREMSE DIE EINSTELLUNG DER MENSCHEN DIE UMSETZUNG ABER AUS.

>>> „Ich habe viel mehr Freiräume als meine Mutter.“

Sabine Jepp, Gleichstellungsbeauftragte beim Schulamt in Greifswald

Knackpunkt Finanzen. Sabine Jepp wiegt den Kopf, ja, stimmt schon, die Daten der Wissenschaft sind eindeutig. Andererseits: „Die wirtschaftlichen Aspekte wiegen für Frauen im Westen mehr, im Osten ist das anders.“ Schon bei ihren ersten Westbesuchen nach dem Mauerfall fällt Jepp das auf. Sie ist knapp 30, hat das Lehramtsstudium abgeschlossen, ein Aufbaustudium draufgesattelt, hat eine kleine Dozentenstelle an der Uni Greifswald und zieht allein zwei Kinder groß. Im Gespräch mit Studen-

tinnen an der Universität Essen sind diese fassungslos: „So was geht doch gar nicht.“ Jepp findet: Es geht. Ein kleiner Urlaub vielleicht, kein Sparen, aber die Lebenszufriedenheit hängt nicht davon ab. „Die großen Einkommenslücken zwischen Männern und Frauen kritisiere ich trotzdem scharf.“ Seit den 1990ern packt Jepp in vielen Gremien der GEW mit an, auch da bemerkt sie Unterschiede: „Teilzeitarbeit von Frauen wird im Westen immer nur als Nachteil, als Armutrisiko diskutiert – aber ist es nicht auch eine Chance, frei zu wählen?“ Vielleicht gibt es sie doch, die Ostperspektive aufs Land, auch auf die Gleichstellung.

Als Gleichstellungsbeauftragte hat sie viele verschiedene Termine. Eine Sitzung der Auswahlkommission für Schulleitungen, Sprechstunden für Frauen, die Rat suchen, wenn es im Alltag knirscht. „Auf dem Papier haben wir sehr gute Regelungen, aber oft bremst die Einstellung der Menschen die Umsetzung.“ Warum winkt der Schulleiter ab, wenn es darum geht, dass Schulkonferenzen in der Kernzeit abgehalten werden, damit Lehrkräfte mit Kindern problemlos teilnehmen können? Warum grummelt es im Kollegium, wenn eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern Direktorin werden will? „Es fehlt an Akzeptanz.“

Immerhin, die Rollenbilder sind diverser geworden. „Ich habe viel mehr Freiräume als meine Mutter.“ Jepp ist in Bollersdorf aufgewachsen, einem Dorf in Brandenburg. Der Vater arbeitet im Straßenbau, die Mutter ist Einkaufsleiterin im Kinderheim. Acht Wochen nach der Geburt geht sie wieder arbeiten, nebenher stemmt sie Haushalt und Nachwuchs. So ist es üblich in der DDR. „Glücklich gemacht hat sie das nicht.“ Das spürt Jepp, wenn sie mit ihrer Mutter mal ausnahmsweise nach Ostberlin fährt, Kuchen essen. „Das hat sie so genossen.“ Nie hätte sich die Mutter beschwert, so war die Zeit. Zumal sich auch ihr Vater das Leben nicht leicht macht, ab vier Uhr in der Früh werkelt er in Haus und Garten. Aber er hat Freiheiten, bekommt Anerkennung für seine Gewerkschaftsarbeit. „Ich habe die Leistung meiner Mutter zutiefst respektiert, aber mir war klar: Ich will anders leben.“

Jepp muss los. Bald steht ein Bundestreffen der GEW-Gleichstellungsbeauftragten an. „Aus unseren unterschiedlichen Perspektiven über Gleichstellung zu diskutieren, ist so wichtig. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen – und genauso die Männer, die es anders machen wollen.“ Damit sich endlich etwas ändert. ■



„ES WAR EIN GESCHENK, SO MIT DEN JUGENDLICHEN ARBEITEN ZU DÜRFEN UND ZU SEHEN, DASS UNSERE ARBEIT FRÜCHTE TRÄGT.“

Anzeige

Mit diesen Worten fasst Karin Thullner, Konrektorin der Steinbeis-Gesamtschule in Ilsfeld, ihre Erfahrungen mit der Schulpartnerschaft zur Global Leadership Academy in Jeffrey's Bay, Südafrika, zusammen. Ihre Schüler*innen setzten gemeinsam mit der Partnerschule Projekte zu Themen wie Nachhaltigkeit und Menschenrechten um, die nicht nur den Unterricht bereichern, sondern auch bleibende Eindrücke hinterlassen – bei den Jugendlichen und Lehrkräften. Die Begegnungen, gefördert durch das Entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA), schaffen etwas, was im Klassenzimmer oft nur schwer gelingt: Globales Lernen wird greifbar, lebendig und erfahrbar.

Globale Partnerschaften für nachhaltige Bildung

Seit zwei Jahrzehnten fördert ENSA internationale Partnerschaften zwischen Schulen aus Deutschland und Schulen aus Ländern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa. Dabei unterstützt das Programm sowohl Anbahnungsreisen für den Aufbau neuer Schulpartnerschaften als auch Begegnungsreisen zur Vertiefung bestehender Partnerschaften. Mit einer Förderung von bis zu 14.000 Euro und umfassender pädagogischer Begleitung ermöglicht ENSA Begegnungen auf Augenhöhe und praxisnahes Globales Lernen.

Die Projekte der Schüler*innen orientieren sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen und behandeln Themen wie Diversität und Klimaschutz. Schüler*innen lernen, globale Zusammenhänge zu erkennen und ihre Rolle in einer vernetzten Welt zu reflektieren.

Raus aus dem Klassenzimmer

Heléna-Marie, Teilnehmerin eines ENSA-Austauschs, sagt: „Menschen zu begegnen, die die Welt ein Stück anders erleben als man selbst, hat meinen Blickwinkel nachhaltig verändert.“ Carlotta ergänzt: „ENSA hat mir Problematiken bewusstgemacht und verdeutlicht, rund um den Klimawandel und Menschenrechte.

Ich gehe nicht nur bewusster durch den Alltag, sondern verändere auch bewusst Verhaltensweisen.“

Auch Lehrkräfte profitieren. Marie Fischer, Lehrerin am Landschulheim Grovesmühle, begleitet eine Partnerschaft mit der EET Nro 2 Obispo Colombre in Argentinien. Sie schätze insbesondere an der Partnerschaft, „einen Austausch auf Augenhöhe gemeinsam zu planen und zu gestalten und währenddessen so unglaublich viel voneinander zu lernen.“ Lehrkräfte und Schüler*innen eröffnet der Blick über den Tellerrand neue Perspektiven. Globale Partnerschaften erweitern den kulturellen Horizont, fördern ein tieferes Verständnis für globale Zusammenhänge und stärken Toleranz und Solidarität über Grenzen hinweg.

Engagement Global gGmbH

ENSA – Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm

Lützowufer 6 • 10785 Berlin

Telefon: +49 30 254 82-3435

ensa-programm@engagement-global.de

ENSA – Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm ist ein Angebot von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

mit ihrem Angebot

**ENGAGEMENT
GLOBAL** 



im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

ENSA-Angebote





VERHEIRATETE PAARE HABEN DURCH DAS EHEGATTENSPLITTING DEUTLICHE STEUERVORTEILE. DAVON PROFITIEREN VOR ALLEM DIE IN DER REGEL BESSER VERDIENENDEN EHEMÄNNER.

Foto: IMAGO/illuPic

STEUERPOLITIK HEISST: STEUERN

KATHRIN HEDTKE
freie Journalistin

Die Steuerpolitik beeinflusst maßgeblich die Lebensmodelle von Paaren und Familien und ist ein wichtiger Hebel für mehr Gleichstellung.

Es ist kein Geheimnis: Viele Paare heiraten, weil sie in der Ehe viel Steuern sparen. Kommen dann Kinder dazu, arbeiten Frauen in der Regel oft nur noch Teilzeit und verzichten auf ihre Karriere. Warum sich dieses traditionelle Familienmodell so hartnäckig hält,

hat viel mit der Steuerpolitik zu tun. „Sie hat große Auswirkungen auf die Lebensrealität von Frauen“, sagt die Chefökonomin des österreichischen Momentum-Instituts, Katharina Mader. Die Wirtschaftswissenschaftlerin erklärt, warum sie den Begriff so gerne mag: Steuerpolitik. „Weil das wesentliche Verb drinsteckt: steuern.“

Mit dem Ehegattensplitting zum Beispiel gebe es einen großen finanziellen Anreiz, nicht nur zu heiraten, sondern auch dafür, dass eine der beiden Personen weniger erwerbstätig ist. „Und in aller Regel sind es die Frauen, die ihre Arbeitszeit reduzieren und die Care-Arbeit übernehmen.“ Beim Ehegattensplitting wird das zu versteuernde Einkommen der beiden Partner zusammengerechnet und anschließend halbiert (gesplittet). Darauf wird die Einkommensteuer berechnet und die Steuerschuld anschließend wieder verdoppelt. Wegen des progressiven Einkommensteuertarifs muss das Paar insgesamt weniger Steuern zahlen als wenn beide einzeln veranlagt würden. Am kräftigsten sparen Paare, bei denen eine Person deutlich mehr verdient als die

andere. Paare mit ungleicher Einkommenshöhe wählen meist die Steuerklassen 3 und 5. Wer nach Steuerklasse 5 veranlagt wird, überträgt seinen Grundfreibetrag auf den Partner mit Steuerklasse 3. Dadurch werden mehr Steuern abgezogen, beim Partner hingegen weniger.



*Jede Krise wirft uns
gleichstellungspolitisch
massiv zurück.*



KATHARINA MADER,
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLERIN

Entsprechend niedriger fällt der monatliche Nettolohn aus, auf dessen Basis Einkommensersatzleistungen wie Arbeitslosengeld I, Kranken- und Elterngeld berechnet >>>

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DIR!

KLISCHEEFREIE BERUFS- UND STUDIENWAHL FÜR ALLE

**03
04
25**

[GIRLS-DAY.DE](https://girls-day.de)

HANDWERK . TECHNIK . INFORMATIK .
INDUSTRIE . WISSENSCHAFT .
FORSCHUNG . UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

Girls' Day
Mädchen-Zukunftstag

Gefördert von

Durchgeführt von

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DIR!

KLISCHEEFREIE BERUFS- UND STUDIENWAHL FÜR ALLE

**03
04
25**

[BOYS-DAY.DE](https://boys-day.de)

GESUNDHEIT . PFLEGE . SOZIALES .
ERZIEHUNG . BILDUNG .
DIENSTLEISTUNG . UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

Jungen-Zukunftstag
Boys' Day

Gefördert vom

Durchgeführt von

>>> werden. Der Anteil von Frauen in der Steuerklasse 5 liegt bei gemeinsamer Veranlagung bei über 90 Prozent. Das Ehegattensplitting sei eine deutsche Besonderheit, sagt die Sozialwissenschaftlerin und Expertin für feministische Ökonomie, Hanna Völkle. Seit Jahren werde in der Politik eine Reform des Modells diskutiert. „Doch politisch traut sich niemand ran.“ SPD, Grüne und FDP wollten die Steuerklassen 3 und 5 abschaffen, das Splitting-Verfahren aber beibehalten. Durch das Aus der Ampel-Regierung Ende vergangenen Jahres wurde aus diesem Vorhaben jedoch nichts mehr. Die Angst der Parteien sei groß, Stimmen von Wählerinnen und Wählern zu verlieren, sagt Völkle. Dazu trage das aktuelle gesellschaftliche Klima bei. „In Krisenzeiten gelten traditionelle Familienmodelle als sichere Rückzugsorte.“ Auch Mader sagt: „Jede Krise wirft uns gleichstellungspolitisch massiv zurück.“

Traditionelle Geschlechterrollen halten sich hartnäckig.

Anders als noch vor zehn Jahren gehofft, lösten sich traditionelle Geschlechterrollen nicht auf, berichtet Völkle weiter. „Im Gegenteil.“ Die Wissenschaftlerin verweist auf Trends wie „Tradwives“ oder „Stay-at-home-girlfriends“, die bei jungen Leuten angesagt sind. Auf TikTok finden sich massenhaft Videos, in denen junge Frauen backen, kochen, aufräumen und sich hübsch machen. Gut gelaunt erklären sie in die Kamera, warum sie zu Hause bleiben und sich um den Haushalt kümmern. „Stellt sich die Frage: Wer kann sich dafür entscheiden, so zu leben?“

Frauen im Zuverdienermodell zu halten, so Mader, heiße, „ihnen nicht die Möglichkeit zu bieten, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen“. Sie könnten sich in heterosexuellen Partnerschaften schwerer von ihrem Mann trennen. Viele Frauen merkten erst mit der Zeit, wie ungerecht dieses Modell ist, sagt die Ökonomin. Die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt summiere sich mit den Jahren. Nach alleinerziehenden Müttern sind ältere Frauen am stärksten von Armut bedroht.

Wie könnte eine feministische Steuerpolitik aussehen? Die Antwort ist simpel: Alle Einnahmen gleichberechtigt besteuern. „Das ist keine große Hexerei“, sagt Mader. Zudem müsse die Erbschaft- und Vermögensteuer in den Blick genommen werden. „Steuerpolitik ist eine Verteilungsfrage“, stellt sie klar. Arbeit werde sehr viel höher besteuert als Unternehmen oder Kapital. „Und

Männer haben im Schnitt deutlich mehr Vermögen und erben mehr.“ Deshalb wären höhere Steuern auf große Vermögen und Erbschaften ein wichtiger Beitrag zu mehr Gleichstellung. Dadurch könnte auch mehr Geld in die öffentliche Infrastruktur gesteckt werden, zum Beispiel in Kinderbetreuung. Mit einer Steuerreform allein sei es deshalb nicht getan.

Neben der Einkommensteuer muss auch die Erbschaft- und Vermögensteuer in den Blick genommen werden. Steuerpolitik ist eine Verteilungsfrage.

Zudem stelle sich die Frage: Ist Vollzeit überhaupt noch zeitgemäß? Oder braucht es kürzere Arbeitszeiten für alle? Und was ist mit all der unbezahlten Arbeit (s. Interview Seite 16 f.)? Wie wird Sorgearbeit berücksichtigt? So arbeiten erwerbstätige Frauen pro Woche im Schnitt 54 Stunden und damit fast eine Stunde länger als Männer – allerdings mehr als die Hälfte davon unbezahlt, acht Stunden mehr als Männer. „Da hängt so viel dran, was gleichstellungspolitisch notwendig wäre.“

Gewerkschaften spielten bei diesem Thema eine wichtige Rolle, betont Völkle. Zum Beispiel ganz konkret bei der Forderung: gleiches Geld für gleiche Arbeit. Statistisch gesehen könnten Männer am 25. Oktober aufhören zu arbeiten – und hätten genauso viel Geld im Portemonnaie wie erwerbstätige Frauen am Jahresende. „Das ist frappierend.“ Wo Tarifverträge gelten, fällt der Unterschied sehr viel geringer aus. „Das ist ein sehr großer Hebel“, sagt die Sozialwissenschaftlerin.

Das sieht auch die GEW-Vorsitzende Maike Finnern so. In den sozialen Berufen und in der frühkindlichen Bildung sei der Frauenanteil besonders hoch. Der gemeinsame Tarifkampf mit ver.di habe in den vergangenen Jahren hier zur deutlichen Verbesserung bei der Entlohnung der Beschäftigten geführt. Finnern verweist zudem auf die JA-13-Kampagne der GEW. Grundschullehrkräfte und teilweise auch Lehrerinnen und Lehrer in der Sekundarstufe I seien lange Zeit schlechter eingruppiert gewesen als Kolleginnen und Kollegen anderer Schulformen; vor allem an den Grundschulen sei der Anteil der Lehrerinnen hoch. Vor mehr als zehn Jahren habe die GEW ihre Kampagne gestartet – mit Erfolg: Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Baden-Württemberg haben mittlerweile alle Bundesländer die Bezahlung ihrer Lehrkräfte auf A13 (Beamte) beziehungsweise EG13 (Angestellte) angehoben. ■



Vorteile für
GEW-Mitglieder!



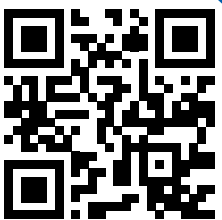
Wunsch? Kredit!

Einfach, schnell und online abschließen

Der Wunschkredit (bonitätsabhängig) für Beträge zwischen 5.000 und 75.000 Euro sowie Laufzeiten von 24 bis 84 Monate.



Jetzt abschließen



bbbank.de/gew



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gew



„TEUFELSKREIS AUS GENDER PAY GAP UND GENDER CARE GAP“



Foto: Heidi Scherrn



*Wenn sich Frauen und Männer
unbezahlte Sorgearbeit und bezahlte Erwerbsarbeit teilen,
dann fördert das die finanzielle Stabilität der Familien.*



ANJA WEUSTHOFF
IST STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DES DEUTSCHEN FRAUENRATS UND
LEITERIN DER ABTEILUNG FRAUEN, GLEICHSTELLUNGS- UND FAMILIENPOLITIK
BEIM DGB-BUNDESVORSTAND.

INTERVIEW: ANNE-KATRIN WEHRMANN
freie Journalistin

Frauen tragen immer noch die Hauptlast bei der unbezahlten Sorgearbeit. Warum das so ist und welche Rahmenbedingungen es für eine geschlechter-

gerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit braucht, erklärt Anja Weusthoff vom Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“.

E&W: Warum ist es so, dass Frauen immer noch die Hauptlast bei der unbezahlten Sorgearbeit tragen?

Anja Weusthoff: Es gibt nach wie vor traditionelle Rollenbilder, die Männern und Frauen bestimmte Eigenschaften sowie bestimmte Funktionen und Tätigkeiten zuschreiben – sowohl im Privaten als auch im Arbeitsleben. Die sind zwar in den vergangenen Jahrzehnten etwas aufgebrochen worden: So steigt die Zahl der Frauen, die erwerbstätig sind, weiter an. Aber wir haben einen enorm großen Anteil an Teilzeitbeschäftigung bei Frauen, weil sie eben immer noch den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten. Das bedingt einander: Wenn in heterosexuellen Partnerschaften Kinder geboren werden, verstärkt sich oft die traditionelle Rollenverteilung wieder, weil die Frauen in der Regel schlechter verdienen als die Männer. Die Paare stehen dann vor der Entscheidung, auf wessen Einkommen sie besser verzichten können. Wir haben also eine Abhängigkeit zwischen Gender Pay Gap und Gender Care Gap, das ist ein Teufelskreis. Um das aufzubrechen, müssen die politisch Verantwortlichen Impulse setzen.

E&W: Welche Folgen hat das für die beteiligten Frauen, aber auch für die Männer?

Weusthoff: Ich würde es lieber umgekehrt beantworten: Was entgeht ihnen? Wenn sich nämlich beide unbezahlte Sorgearbeit und bezahlte Erwerbsarbeit teilen, dann fördert das die finanzielle Stabilität der Familien. Damit ist die Erwerbsarbeit beider Eltern letztlich auch eine der besten Präventionen gegen Kinderarmut. Frauen, die wirtschaftlich eigenständig sind, können ihr Leben zudem freier gestalten und sich im Zweifel besser aus ungunstigen Beziehungen lösen. Und für Männer ist die gleichberechtigte Aufteilung ebenfalls ein Vorteil, weil sie erstens nicht allein die finanzielle Verantwortung für den Lebensunterhalt der Familie tragen und zweitens das Familienleben mit allen Freuden und allen Pflichten im gleichen Maße wahrnehmen wie ihre Partnerin.

E&W: Auf der Website Ihres Bündnisses heißt es, dass unbezahlte Sorge- und Hausarbeit „wichtige gesellschaftliche Pfeiler und von volkswirtschaftlicher Relevanz“ seien. Wie kommt es, dass sie dennoch kaum honoriert werden und selten Wertschätzung und Anerkennung erfahren?

Weusthoff: Weil unsere Gesellschaft den Fokus auf die bezahlte Erwerbsarbeit richtet. Die ist ja zweifelsohne auch ein wichtiger Pfeiler, sie wäre aber ohne die dahin-

terliegende unbezahlte Sorgearbeit nicht möglich. Wir leben in gesellschaftlichen Strukturen, in denen Letztere leider unsichtbar geworden ist. Unser Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, das hervorzuheben und immer wieder deutlich zu machen: Das eine, die bezahlte Erwerbstätigkeit, ist ohne das andere, die unbezahlte Sorgearbeit, unmöglich.

E&W: Was müsste denn geschehen, damit die Sorgearbeit tatsächlich gleichberechtigt verteilt wäre?

Weusthoff: Aus unserer Sicht muss der Staat die richtigen Anreize setzen. Wir brauchen ausreichend Angebote, die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen dort, wo es sinnvoll ist, in professionelle Hände zu geben. Darüber hinaus fordern wir staatliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen, das würde viele Familien enorm entlasten. Die faire Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit ließe sich außerdem fördern, wenn endlich die Steuerklasse 5 abgeschafft würde. Um Väter so früh wie möglich in die Kinderbetreuung einzubeziehen, fordern wir eine zehntägige bezahlte Freistellung für zweite Elternteile nach der Geburt eines Kindes. Zusätzlich sprechen wir uns für die paritätische Aufteilung der Elterngeldmonate als neues Leitbild aus. Ebenso brauchen wir bezahlte Freistellungen für die Pflege von Angehörigen, damit Pflegetätigkeiten ohne größere finanzielle Verluste auf mehr Schultern verteilt werden können. Und nicht zuletzt sind natürlich auch die Arbeitgeber in der Pflicht, geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle zu gestalten, die Sorgearbeit ermöglichen. ■

Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“

Das zivilgesellschaftliche Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“ setzt sich für die geschlechtergerechte Verteilung unbezahlter Sorgearbeit im Lebensverlauf ein. Seine 32 Mitgliedsverbände haben sich zum Ziel gesetzt, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft für den Gender Care Gap und seine Auswirkungen zu sensibilisieren und sich für die Schließung der Sorgelücke einzusetzen. Der Deutsche Frauenrat ist Trägerorganisation des Bündnisses, der DGB Gründungsmitglied. KH



Foto: Alice End

FRAUKE GÜTZKOW

GEW-Vorstandsmitglied Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik

KOMMENTAR

WIR BRAUCHEN MEHR „REVOLUTIONÄRE GEDULD“!

Gleichstellungspolitik ist keine Symbolpolitik.

Sie muss jetzt gegen die Angriffe von Rechtsaußen verteidigt werden.

Es gibt schon allerhand Kurioses in der deutschen Geschichte, wenn es um die Gleichberechtigung von Frau und Mann geht. Vor 70 Jahren zum Beispiel wurde in der alten Bundesrepublik ein Erlass veröffentlicht, der besagte: Eine Frau kann den Behörden gegenüber eine schriftliche Erklärung abgeben, wenn sie nicht mit „Fräulein“ angesprochen werden will. Für unverheiratete Frauen war die Bezeichnung „Fräulein“ üblich, sie klebte ihnen eine Art Etikett auf: Stehe dem Heiratsmarkt zur Verfügung! Erst zu Beginn der 1970er-Jahre wurde diese

Anrede offiziell in behördlichen Schreiben abgeschafft; in der DDR konnten Frauen schon seit 1951 auch ohne staatliche Erlaubnis die Bezeichnung „Frau“ führen. Eine männliche Entsprechung für den Begriff gab und gibt es nicht.

Was das mit Gleichberechtigung im 21. Jahrhundert zu tun hat? Viel. Denn es offenbart ein Muster, das bis heute wirkt: Der Mann ist so etwas wie die Standardeinstellung, an der sich die Frau messen lassen muss. Wenn Frauen in den Männerclubs von Politik oder Wirtschaft

aufsteigen, nennt man sie Quotenfrauen. Dass sie durch Qualifikation und Leistung dahin gekommen sind, wird ausgeblendet. Mittelbare Diskriminierung zu bekämpfen, braucht Zeit. Oder, wie die Juristin, Gewerkschafterin und Feministin Heide Pfarr sagt: „revolutionäre Geduld“. Sie meint damit, dass wir in der Gleichstellungspolitik neue Wege gehen und Beharrlichkeit zeigen müssen: „Ihr werdet uns nicht los, wir machen weiter.“ Denn um auch die subtilen Diskriminierungen zu beseitigen, brauchen wir einen Wandel tief verwurzelter Einstellungen. Nehmen wir das Erwerbsleben, den wichtigsten Motor für Gleichstellung: Die Erwerbstätigenquote von Frauen ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in den vergangenen 20 Jahren von 58,8 Prozent (2003) auf 73,6 Prozent (2023) gestiegen, allerdings arbeiten 50 Prozent der Frauen in Teilzeit (Männer: 13 Prozent), und nur 28,7 Prozent der Führungspositionen sind von Frauen besetzt; der unbereinigte Gender Pay Gap liegt bei 16 Prozent (2024).



Der Antifeminismus der Neuen Rechten baut eine Brücke ins konservative Lager – auf traditionelle Familien- und Frauenbilder kann man sich am ehesten einigen.



Die GEW setzt sich daher für gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit ein, sie kämpft für gute Gleichstellungsgesetze und starke Gleichstellungsbeauftragte. Nur wenn Frauen genau wie Männer eine Perspektive am Arbeitsplatz haben, ihre Kompetenz entfalten können, sich zugehörig fühlen, wird sich die Arbeitswelt verändern. Das wird auch die Geschlechterverhältnisse im Privaten verändern. Dahin kommen wir nur, wenn es uns gelingt, mit revolutionärer Geduld beides gleichzeitig zu verändern: die Einstellungen und die Strukturen. Wie eng beides miteinander verwoben ist, lässt sich mit Blick auf die Geschichte der Frauenerwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland zeigen. In der DDR war die werktätige Mutter Symbol einer leistungsfähigen sozialistischen Gesellschaft, in der BRD dominierte das Zuverdienstmodell. Entsprechend war im Osten Vollzeitwerbstätigkeit die Norm, im Westen nicht. Dies

prägte die Strukturen noch nach der Vereinigung in den 1990er-Jahren: Ein dichtes Netz an Kitas und Ganztagschulen Ost, ein löchriger Flickenteppich West. Auch mehr als 35 Jahre nach dem Mauerfall hat sich daran bemerkenswert wenig geändert. Die Teilzeitquote von Frauen ist in Ostdeutschland rund 15 Prozentpunkte niedriger als jene im Westen der Republik. Immerhin, langsam ändern sich im Westen die Einstellungen. Das hat auch mit dem Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen im ganzen Land zu tun. Eine kluge Gleichstellungspolitik muss dieses Wechselspiel von Rahmenbedingungen und Einstellungen, von Normen und Strukturen im Kopf haben, um Erfolge zu erzielen. Dieser doppelte Blick ist wichtiger denn je. Denn die Kräfte in der Gesellschaft, die Gleichstellung als Bedrohung sehen, sind wieder stärker geworden. Antifeminismus gehört zu den zentralen Bestandteilen der Erzählungen der Neuen Rechten. Dieses Narrativ trägt dazu bei, rechtsextreme Positionen gesellschaftsfähig zu machen. Es baut eine Brücke ins konservative Lager – auf traditionelle Familien- und Frauenbilder kann man sich am ehesten einigen. Dieser neue Antifeminismus gefährdet nicht nur Frauen, er bedroht auch unsere Demokratie. Denn verwoben mit Autoritarismus will er ebenso die Rechte von Schulen und Universitäten beschneiden. Genderstudien und Geschlechterforschung werden zum Feindbild. Es ist Aufgabe auch der Gewerkschaften, ein Bollwerk gegen diesen neuen Antifeminismus zu bilden, die weltoffene Gesellschaft ebenso zu schützen wie die Rechte der Beschäftigten. Männer mit in den Blick zu nehmen, wird in diesen Zeiten wichtig, um unsere offene, diverse Gesellschaft zu verteidigen. Gerade weil sich in Zeiten der Unsicherheiten und Krisen ein Teil der Männer auf tradierte Vorstellungen von Männlichkeit stützt. Rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte befeuern das durch Propaganda und Inszenierung von kollektiver Männlichkeit. Aber es gibt sie, die Männer, die sich nicht auf überkommene Geschlechtererwartungen festtackern lassen, sondern ihren Teil der Haus-, Erziehungs- und Sorgearbeit leisten, weil ihnen eine Partnerschaft auf Augenhöhe wichtig ist. Sie können zu Brückenbauern werden. Gleichstellungspolitik ist keine Symbolpolitik. Sie hat Missstände analysiert, Rechte erkämpft und mit Konzepten für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt vorgelegt. Viel ist geschafft, noch mehr bleibt zu tun. Lasst uns an einem Strang ziehen, um den Rollback durch die Kräfte von Rechtsaußen zu verhindern. ■

A close-up photograph of a hand holding a piece of white chalk, writing the word 'Demokratie' in white cursive on a dark chalkboard. The word is written in a fluid, handwritten style. The hand is positioned on the right side of the frame, and the chalk is just finishing the letter 'e'. The background is a dark, slightly textured chalkboard surface.

Demokratie

DEMOKRATIE MUSS
GELERNT UND NICHT NUR
GELEHRT WERDEN

ANDREA TOLL
freie Journalistin

Demokratiebildung an Schulen steht vor großen Herausforderungen: Unzureichende Finanzierung und der Mangel an pädagogischen Fachkräften zogen sich daher wie ein roter Faden durch die beiden Podiumsdiskussionen „Demokratiebildung und -erziehung in der Schule“ sowie „Demokratiebildung im Ganztag“ auf der Bildungsmesse didacta in Stuttgart. Dabei wurde deutlich: Es reicht nicht aus, gelegentliche Maßnahmen zu ergreifen. Demokratie muss systematisch gefördert, in den Schulalltag integriert und aktiv gelebt werden – von allen Beteiligten.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen im vergangenen Jahr waren für viele Menschen schockierend, da ein hoher Anteil junger Menschen mit der AfD eine rechtsextreme Partei gewählt hat. Die Frage, ob dies ein Armutszeugnis für die Demokratiebildung an Schulen ist, stand daher im Zentrum der Podiumsdiskussion „Demokratiebildung und -erziehung in der Schule“. Waltraud Eder, Schulleiterin der Conrad-Graf-Preysing-Realschule in Plattling, Fabian Schön, Generalsekretär der Bundeschülerkonferenz, und Maike Finnern, GEW-Vorsitzende, bezogen Stellung. Finnern nahm den Ball auf und betonte, dass man nicht nur auf diese Wahlergebnisse schauen dürfe: „Wenn wir das Ergebnis der Europawahl betrachten, sehen wir, dass 85 Prozent der jungen Menschen eben nicht AfD gewählt haben.“ Dennoch sei es entscheidend, Verantwortung für die Demokratie zu übernehmen, sie vorzuleben und jungen Menschen echte Beteiligungsmöglichkeiten zu geben. Schulen stehen vor dem Problem, politische Bildung in einen ohnehin vollen Schulalltag zu integrieren. Lehrkräfte stehen unter Druck, da sie den Lehrplan abarbeiten müssen. Dazu kommt der Fachkräftemangel, der viele Schulen zusätzlich belastet. In dieser >>>



nicko cruises®

AB
1.199 € p. P.
+ 50 € Ermäßigung
mit dem Code
SOMMER50

ENTSPANNT REISEN, NEUES ENTDECKEN – IHR SOMMER AUF DEM DOURO

Reisetermine im Juli und August 2025
Flug zum Vorteilspreis: Hin- und Rückflug nur 250 €

Mehr Informationen und Buchung unter
www.nicko-cruises.de/reise/dou-que
oder in Ihrem Reisebüro!

Angebot gilt nur für Neubuchungen bis 15.04.2025. Begrenztes Kontingent.
Es gelten die Reisebestätigung und AGB der nicko cruises Schiffsreisen GmbH.

nicko cruises Schiffsreisen GmbH | Mittlerer Pfad 2 | 70499 Stuttgart | info@nicko-cruises.de

www.schulorganisation.com

Fachverlag

Schuljahreskalender

Beobachtungen und Dokumentationen

Elterngespräche

Förderpläne

Motivationsstempel

Lerntagebuch

Organisationsmittel

Unentbehrliche Hilfen zur Eigenorganisation für Lehrerinnen und Lehrer und alle anderen pädagogischen Kräfte, also auch für Erzieherinnen und Erzieher, für die tägliche Arbeit im Unterricht und in der Gruppe.

Alle Schulformen



Dokumentation • Organisation • Rechtssicherheit

FL SCHULORGANISATION

>>> Situation bleibt wenig Zeit für demokratische Prozesse im Schulalltag. Ein Beispiel für eine Maßnahme, die dem entgegenwirken soll, ist die sogenannte Verfassungsviertelstunde in Bayern – einmal pro Woche vermitteln Lehrkräfte politische Bildung. Für Schulleiterin Eder ist das „besser als nichts“. Schülersprecher Schön hält das für unzureichend: „Schülerinnen und Schüler erhalten in ihrer gesamten Schulzeit nur 1 bis 4 Prozent politische Bildung. Demokratie muss gelernt werden, das passiert nicht von selbst.“

Ein zentraler Punkt der Diskussion war die Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler. Eder setzt sich für ein demokratisches Miteinander an ihrer Schule ein: „Kinder haben gute Argumente, und sie müssen lernen, sie zu nutzen. Demokratie heißt aber nicht nur, Forderungen zu stellen, sondern auch Verantwortung zu übernehmen.“ In ihrer Schule wurde beispielsweise eine Werte-AG gegründet, die unter anderem ein Projekt zur Verschönerung der Toiletten umsetzte. Schön forderte, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur in Schulprojekten mitwirken, sondern auch bei Lehrplänen mitbestimmen sollten: „Wir wollen einen praxisnahen Unterricht, der uns auf das Leben vorbereitet – mit Inhalten, die wirklich relevant sind.“ GEW-Vorsitzende Finnern ergänzte: „Demokratiebildung muss strukturell verankert sein. Man darf nicht alles auf die Schulen abwälzen, auch die Politik trägt Verantwortung. Doch statt Fördermittel bereitzustellen, werden vielerorts Gelder gestrichen.“

Beim Übergang von der Kita zur Grundschule gibt es einen Bruch in der Demokratiebildung.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Diskussionsrunde war die Medienkompetenz. Jugendliche informieren sich größtenteils in sozialen Netzwerken. Dies ist ein Problem, da einige Parteien dort sehr präsent sind, während andere kaum wahrgenommen werden. Deswegen hält Finnern Medienbildung für einen essenziellen Bestandteil der Demokratiebildung: „Es muss Teil des Schulalltags sein, dass junge Menschen lernen, Quellen kritisch zu hinterfragen.“ Allerdings fehle es oft an qualifizierten Lehrkräften und Fortbildungsangeboten. Schön hält verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte für richtig, dahingehend gab Finnern zu bedenken, dass viele Schulen nicht die Kapazitäten haben, solche Maßnahmen umzusetzen.

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, der ab dem 1. August 2026 gilt, rückt auch die Frage der Demokratieerziehung in den Fokus. Daniela Schneckenburger vom Deutschen Städtetag, Katja Flämig vom Deutschen Jugendinstitut, die GEW-Vorsitzende Maïke Finnern und Sven Iversen von der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen diskutierten darüber.

Schneckenburger machte gleich zu Anfang deutlich: „Unsere Versorgungsquoten sind momentan nicht ausreichend. Es gibt noch viel zu tun beim quantitativen Ausbau, damit bis 2026 alle Kinder einen Platz haben.“ Doch die Herausforderungen liegen nicht nur in der Infrastruktur. Flämig hob hervor, dass es beim Übergang von der Kita zur Grundschule einen Bruch in der Demokratiebildung gebe. In Kitas würden demokratische Kompetenzen spielerisch vermittelt, doch in der Grundschule erwarte man von den Kindern Anpassung. Das führe dazu, dass bereits erlernte demokratische Kompetenzen in den ersten Schuljahren verloren gehen. Finnern betonte, dass Demokratiebildung im Ganztags nicht nur den Kindern zugutekommen dürfe: „Wir müssen auch die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte verbessern und ihre Mitbestimmung stärken. Demokratie muss für alle Beteiligten erlebbar sein – für Kinder genauso wie für Beschäftigte.“ Dies könne durch mehr Mitsprache zum Beispiel bei Schulprogrammen und baulichen Entwicklungen geschehen.

Eltern mit einbinden

Ein weiteres Thema war die Rolle der Eltern. Iversen bezeichnete die Elternarbeit als Herausforderung. Die Zusammenarbeit gelinge dort am besten, wo Schulen von Anfang an klare Kommunikationsstrukturen schaffen und Eltern aktiv in Entscheidungen einbinden. Studien zeigen zudem, dass sich engagierte Eltern positiv auf die demokratische Entwicklung ihrer Kinder auswirken. Auch die Haltung der pädagogischen Fachkräfte wurde als entscheidender Faktor benannt. „Wenn eine Schule ein klares Leitbild entwickelt hat, in dem Demokratie als Wert verankert ist, dann sind auch die pädagogischen Konzepte stabiler“, erklärte Flämig. Schließlich wurde auch die Finanzierungsfrage diskutiert. Finnern stellte klar: „Die Länder müssen jetzt handeln und sich klar zu einem hochwertigen Ganztagsangebot bekennen.“ Ein qualitativer Ganztags müsse angemessen finanziert werden, um sowohl den pädagogischen Fachkräften gute Arbeitsbedingungen als auch den Kindern ein förderliches Umfeld zu bieten. ■

Lehrer Gesundheit im Fokus

VERUS-KLINIK



Die Verus-Klinik im Schwarzwald

Liebe Lehrkräfte,
Sie leisten täglich Großartiges, doch die Herausforderungen Ihres Berufs sind enorm: ein hoher Arbeitsdruck, ständig wachsende Anforderungen und immer mehr Bürokratie. Es ist kein Wunder, dass diese Belastungen an die Substanz gehen können. Wir verstehen das – und genau dafür sind wir da.

PHILOSOPHIE In der Verus-Klinik Todtmoos sind wir darauf spezialisiert, Lehrkräften wie Ihnen bei stressbedingten Erkrankungen zu helfen – sei es **Burnout**, **Depression** oder **Angststörung**. Dabei legen wir großen Wert darauf, dass Sie sich bei uns wohl und gut aufgehoben fühlen. Unser Ansatz? Ganzheitlich.

Neben **medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung** setzen wir auf **kreative und körperorientierte Methoden**. Die familiäre Atmosphäre unserer Klinik, ihre überschaubare Größe und der hotelähnliche Komfort schaffen ein Umfeld, das Erholung leicht macht. Hier dürfen Sie einfach mal durchatmen und wieder zu sich selbst finden.

UNSER TEAM Unser erfahrenes, einfühlsames Team **unterstützt Sie nicht nur bei Ihrer Gesundheit, sondern nimmt Ihnen auch organisatorische Sorgen ab**. Haben Sie Fragen zu einem Eilantrag für Ihren Klinikaufenthalt? Wir helfen gerne! Unser Ziel ist es, dass Sie sich von Anfang an gut begleitet fühlen.

ÜBER TODTMOOS Mitten im **idyllischen Südschwarzwald**, weit weg von Hektik und Lärm, erwartet Sie ein Ort der **Ruhe und Geborgenheit**. Für Bahnreisende organisieren wir sogar den Transfer vom Bahnhof Freiburg im Breisgau – bequem und unkompliziert. Auch Ihr Haustier ist nach Absprache bei uns willkommen.



SO ERREICHEN SIE UNS

Tel.: +49 7674 9209 180

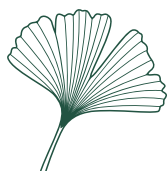
Telefonzeiten von 09:00 bis 20:00 Uhr
(Mo.–So.)

Fax: +49 7674 9209 100

E-Mail: info@verus-klinik.de

www.verus-klinik.de/private-fachklinik

* Zuzahlungsbetrag für Beihilfeberechtigte (mit PEPP-System): 35,00 € pro Tag



Verus-Klinik
TODTMOOS

DIE BILDUNG IN DER UKRAINE

VERBESSERN

JEANNETTE GODDAR
freie Autorin

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert die Kooperation zwischen Gewerkschaften in verschiedenen Ländern. Die erste Partnerschaft startete im Januar: zwischen der GEW und der ukrainischen TUESWU.

Wenn TUESWU-Vizepräsidentin Olha Chabaniuk von den Lern- und Arbeitsbedingungen in der Ukraine berichtet, lässt das niemanden kalt. Sie erzählt von der Bombardierung der Schulen; von Online-Unterricht, der aus Luftschutzkellern oder dem Ausland aufrechterhalten wird; von Unterricht in besetzten Gebieten, der einem russischen Propagandacurriculum folgen muss. „Kritisches Denken zu fördern und die mentale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen aufrechtzuerhalten, ist elementar“, sagt die stellvertretende Präsidentin der TUESWU (Trade Union of Education and Science Workers of Ukraine).

„Doch die Lehrkräfte benötigen selbst Hilfe – und auch um Arbeitnehmerrechte ist es in Kriegszeiten schlecht bestellt“, so Chabaniuk. Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte habe sich seit 2022 verdoppelt, das Streik- und Demonstrationsrecht sei außer Kraft gesetzt. Mit immer noch mehr als einer Million Mitgliedern ist die TUESWU eine der größten Gewerkschaften der Ukraine – verzeichnet aber in Zeiten massenhafter Flucht stark sinkende Mitgliederzahlen.

An dieser Stelle setzt die erste Gewerkschaftspartnerschaft an, die das BMZ fördert, und zu deren Start Chabaniuk und die GEW-Vorsitzende Maike Finnern

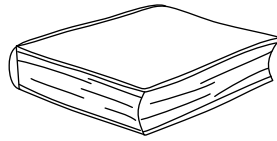
Ende Januar in Berlin waren. Auch in einer Lage wie der in der Ukraine sei es „ganz entscheidend, sich mit Arbeitsbedingungen auseinanderzusetzen“, erklärte Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) bei der Auftaktveranstaltung. Und: „Gewerkschaften kennen die Bedürfnisse der Beschäftigten, geben ihnen eine Stimme, streiten für deren Anliegen.“

Enger Kontakt zwischen GEW und TUESWU

Die vorerst bis Ende 2026 geförderte Gewerkschaftspartnerschaft sei ein wichtiger Schritt, um die Zusammenarbeit zwischen GEW und TUESWU weiter auszubauen. Durchgeführt, unterstützt und begleitet werden die Gewerkschaftspartnerschaften im Auftrag des BMZ durch die gemeinnützige Entwicklungsorganisation sequa sGmbH mit Sitz in Bonn.

Der Kontakt zwischen GEW und TUESWU ist seit Jahren eng. Schon seit dem ersten Sommer des russischen Angriffskriegs 2022 laden GEW und „Die Falken“, unterstützt vom Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW, Kinder ukrainischer Gewerkschaftsmitglieder zu einem Ferienzeltlager nach Deutschland ein. Auch die Arbeit der TUESWU vor Ort wird bereits unterstützt. Was das bedeutet, stellte die GEW-Vorsitzende anhand einer langen Liste dar. Unter anderem soll die TUESWU bei der Fortbildung von Multiplikatoren und in ihren Organizing-Kompetenzen unterstützt werden, um verstärkt neue Mitglieder zu gewinnen und diese zu stärken. Die derzeitigen Einschränkungen der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von denen Chabaniuk berichtete, beobachtet die GEW mit großer Sorge. Unterstützt werden sollen auch Fortbildungen in ukrainischem und europäischem Arbeitsrecht sowie in Medienkompetenz. Bereits gearbeitet wird an der Ausstattung eines Medienraums sowie eines Trainingszentrums von TUESWU in Kyjiv und Umgebung, die für Qualifizierungen genutzt werden sollen. ■

SPUREN GUTER PRAXIS



JEANNETTE GODDAR
freie Autorin

Bei einer Tagung zur Lehrkräftefortbildung in Berlin wurden viele gute Beispiele diskutiert. Doch an Standards und Ausstattung fehlt es weiterhin.

Als Peter Daschner 2018 die Lehrkräftefortbildung erforschte, fiel seine Bilanz düster aus: Der ehemalige Direktor des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg fand weder Standards noch systematische Erhebungen, kaum Länderaustausch und eine bundesweite Qualitätsoffensive Lehrerbildung, bei der die Weiterbildung ausgelassen wurde. Was also tun? Daschner machte sich selbst auf die Suche nach guten Beispielen. In Kooperation mit der Max-Traeger-Stiftung der GEW und mit Co-Herausgeber Dieter Schoof-Wetzig produzierte er ein „Weißbuch Lehrkräftefortbildung“.

GEW: Recht auf gute Fortbildung

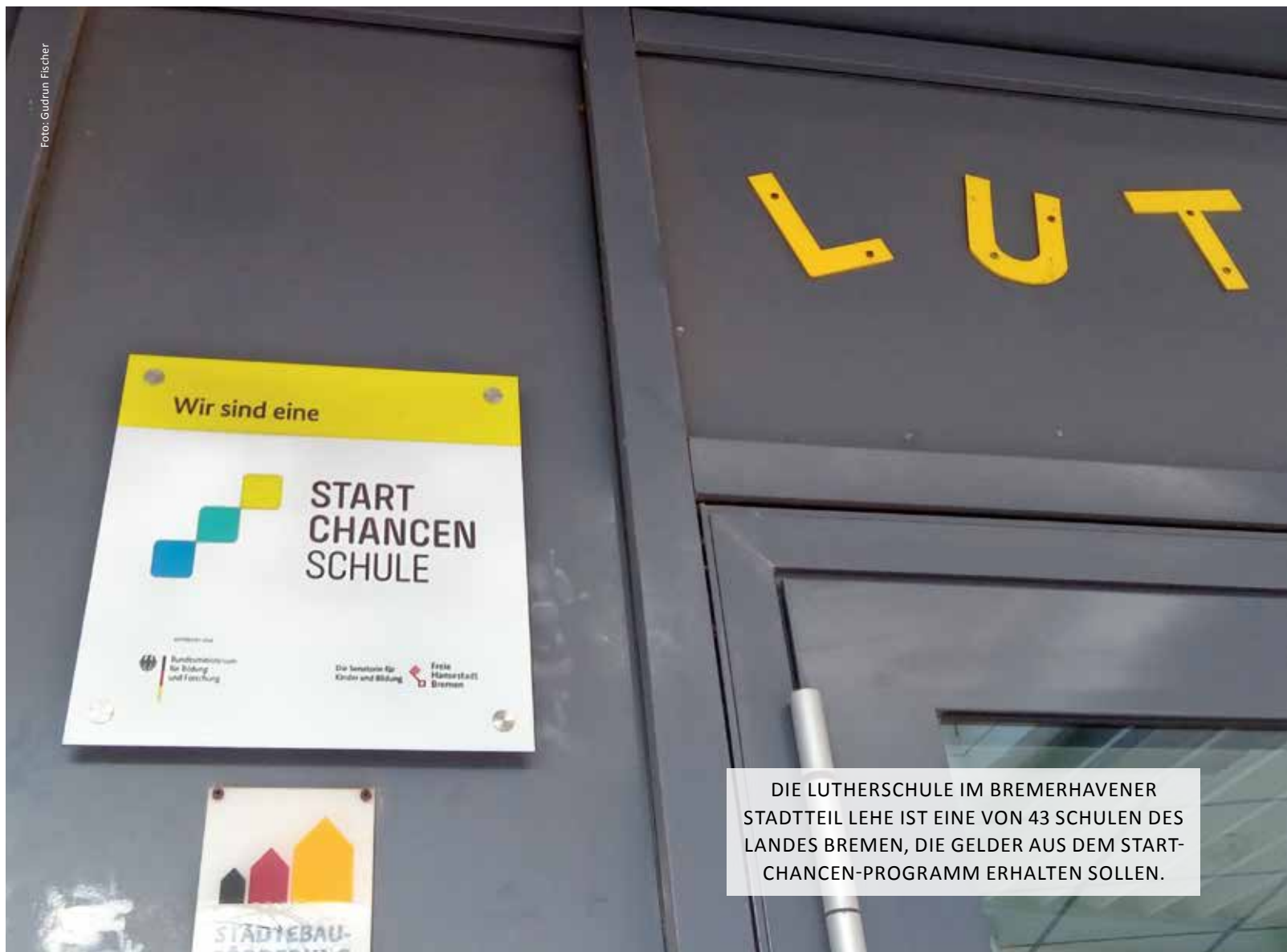
Ende vergangenen Jahres stellte Daschner das Weißbuch in Berlin vor. Der Titel der Tagung: „Faktor Professionalität – Das Weißbuch Lehrkräftefortbildung. Impulse und Szenarien für gute Praxis“. Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule, attestierte den Lehrkräften einen enormen Fortbildungswillen. Laut einer Umfrage hätten sich bereits vor der Covid-19-Pandemie 58 Prozent der Lehrkräfte binnen der zurückliegenden zwei Jahre zu Digitalthemen fortgebildet. „Das Interesse und der Bedarf sind groß – doch 18 Prozent sagen, das Angebot reicht nicht aus“, so Bensinger-Stolze.

„Das Bedürfnis nach Fortbildung macht Hoffnung“, konstatierte Prof. Ewald Terhart, der sich seit Jahrzehnten mit dem Thema befasst. Dennoch sei das Verhältnis zwischen der im Vergleich kurzen Ausbildungs- und der langen Berufszeit ohne systematisches Weiterlernen ein „trauriges Kapitel“. Es sei wichtig, die berufliche Phase „zu entwickeln, zu unterstützen, zu spezialisieren, zu stabilisieren“.

Auch die steigende Zahl an Quer- und Seiteneinsteigenden erfordere „neue Modelle des Hineingleitens“. Es sei ein „Skandal“, wie wenig systematisch diese bisher qualifiziert werden, stimmte Daschner ein: „Weder für Nachqualifizierung noch für die Vorbereitung auf den Unterricht gibt es Standards.“ Gute Modelle hat er für das Weißbuch gefunden: etwa das Modell BQL (Berufsbegleitende Qualifizierung von Lehrkräften) an der TU Dresden, und das Berliner Programm Querber, ein Sechs-Phasen-Unterstützungsmodell für Quereinsteigende mit „hohem Output“, wie Daschner sagte.

Der Vorsitzende der Amtschefkommission „Qualitätssicherung in Schulen“ der Kultusministerkonferenz (KMK), Rainer Schulz, sprach sich für mehr Einheitlichkeit aus: „Wir müssen weg von ‚So machen wir das in Bayern, Hamburg oder Hessen‘ – und hin zu ‚So machen wir das in Deutschland‘“, sagte der Hamburger Staatsrat für Schule und Berufsbildung mit Blick auf den KMK-Beschluss von 2020, dessen Umsetzung weiterhin den Ländern vorbehalten ist. Wie Terhart begrüßte Schulz eine Verpflichtung zur Fortbildung, wie es sie in Hamburg mit 30 Stunden im Jahr gibt. Bensinger-Stolze wollte da nicht mitgehen: Es brauche ein „effektives Unterstützungssystem im laufenden Betrieb“ sowie „gehaltvolle Angebote“. Sie forderte: „Ich bin für ein Recht auf gute Fortbildung!“ ■

Infos zum „Weißbuch Lehrkräftefortbildung“: gew.de/ew-3-25



DIE LUTHERSCHULE IM BREMERHAVENER STADTTEIL LEHE IST EINE VON 43 SCHULEN DES LANDES BREMEN, DIE GELDER AUS DEM START-CHANCEN-PROGRAMM ERHALTEN SOLLEN.

BISHER NULL CENT

GUDRUN FISCHER
freie Journalistin

Das im vergangenen Jahr gestartete Startchancen-Programm soll für mehr Chancengleichheit sorgen. An den Schulen kommt das Programm nur langsam in Gang, wie das Beispiel der Lutherschule in Bremerhaven-Lehe zeigt.

Eines Tages soll es an der Lutherschule in Bremerhaven-Lehe, einer Grundschule in einem der ärmsten Stadtteile Deutschlands (s. E&W 3/2024), sogenannte Lernwaben geben, Rückzugsorte im Schulflur, in denen sich Kinder auf sich selbst konzentrieren können. In den Pausen soll Spielzeug ausgegeben werden, etwa Roller, Fahrräder oder Bälle. Außerdem soll in jedem Klassenzimmer ein Grundstock an Lernmaterial wie Pappbuchstaben oder weiche Würfel für Mathe-Übungen vorrätig sein.

Und alle paar Wochen könnten sich die Eltern an der Schule in einem Elternraum zum Eltern-Café treffen. Eine Schulpsychologin soll es hier künftig auch geben. Noch aber ist es nicht soweit. Die Stimmung der Rektorin Julia Trost und der Konrektorin Birgit Kühne ist angespannt. Die beiden Lehrerinnen sitzen im Besprechungsraum der Schule und sammeln Vorschläge für das Startchancen-Programm. Die Einarbeitung in das bürokratische Prozedere war zeitaufwendig. Auch mehr als ein halbes Jahr nach Beginn des Programms können die beiden Schulleiterinnen keine Resultate vorweisen. Kein Cent ist bisher geflossen. Zwar sind die Toiletten und Schulräume saniert. Kein Schimmel, keine kaputten Türangeln wie in anderen Schulen. Aber ein großer Bedarf nach Verbesserung ist trotzdem da.



*Wir haben gedacht,
dass wir mehr freie Hand hätten.
Dass wir selbst entscheiden dürften,
was wir wofür aufwenden.
Jetzt gibt es doch eine relativ fest-
geschriebene Reglementierung.*



BIRGIT KÜHNE,
STELLVERTRETENDE LEITERIN DER LUTHERSCHULE
IN BREMERHAVEN-LEHE

In Kühnes Händen liegt ein dickes Heft mit der Anleitung für die Beantragung der Maßnahmen aus dem Startchancen-Programm. Kühne und Trost haben keine zusätzlichen Stunden oder Personal bekommen, um sich einzuarbeiten. Dabei wird ihnen viel versprochen. Die Lutherschule bekommt pro Jahr etwa 100.000 Euro zusätzlich – wenn alles klappt. Einige Maßnahmen peilen die beiden Schulleiterinnen jetzt wenigstens zum zweiten Schulhalbjahr an. „Natürlich ist es besser als nichts, aber wir hatten uns das ganz anders vorgestellt. Wir haben gedacht, dass wir mehr freie Hand hätten. Dass wir selbst entscheiden dürften, was wir wofür aufwenden. Jetzt gibt es doch eine relativ festgeschriebene Reglementierung“, bedauert Kühne.

„Mich drücken die baulichen Fragen“, sagt Trost. „Denn wir werden immer mehr mit Klassen zubelegt, weil es so

hohe Schülerzahlen gibt. Und das, was wir den ganzen Tag brauchen, diese Räume für andere Angebote, für die Entzerrung von Gruppen, was dieser Standort braucht, das haben wir nicht mehr.“ Über 300 Kinder lernen zurzeit an der Lutherschule. „Wir waren vorher dreizügig, jetzt sind wir fast komplett vierzügig. Die Schülerzahlen steigen auch in den nächsten Jahren. Wir gehen davon aus, dass man uns noch mehr Klassen aufdrücken wird“, sieht Kühne voraus. Schulleiterin Trost deutet aus dem Fenster auf den Schulhof. „Da unten steht der Fahrradschuppen. Er ist so ausgelegt, dass man da was draufsetzen könnte. Das würde von der Größe her einem wirklich guten Klassenraum entsprechen. Da hätten wir alles, was eine Klasse braucht – einen wunderbaren Schulraum, eine Garderobe, eine eigene Toilette.“ Wenn zwei Stockwerke auf den Fahrradschuppen gesetzt würden, kämen sogar zwei neue Klassenräume zustande. „Dadurch würden wieder zwei Funktionsräume frei, die wir zuletzt notgedrungen in Klassenräume umgewandelt haben.“

Dann könnten sich die pädagogischen Fachkräfte auch außerhalb des Unterrichts besser um die Kinder kümmern. „Wir haben Kinder, die zu Hause nicht gehört werden. Weil die Familien so groß sind. Oder weil die Eltern gerade mit ihrem eigenen Leben beschäftigt sind und die Kinder nebenherlaufen“, erläutert Trost. So ein Neubau würde aus einem anderen Topf finanziert werden müssen, der eventuell im Rahmen der „gebundenen“ (verpflichtenden) Ganztagsbetreuung ab 2026 vorhanden ist. „Vom Startchancen-Programm-Etat finanzieren wir dann die Innenausstattung, das ist der Plan.“

In Deutschland stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2023/2024 gegenüber dem Schuljahr 2022/2023 um 1,3 Prozent. An der Lutherschule erhöhte sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den vergangenen Jahren um 20 Prozent. 29 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutschland haben einen Migrationshinter-



*Manche Kinder kommen an die Schule
und sprechen kein Wort Deutsch.*



JULIA TROST,
LEITERIN DER LUTHERSCHULE
IN BREMERHAVEN-LEHE

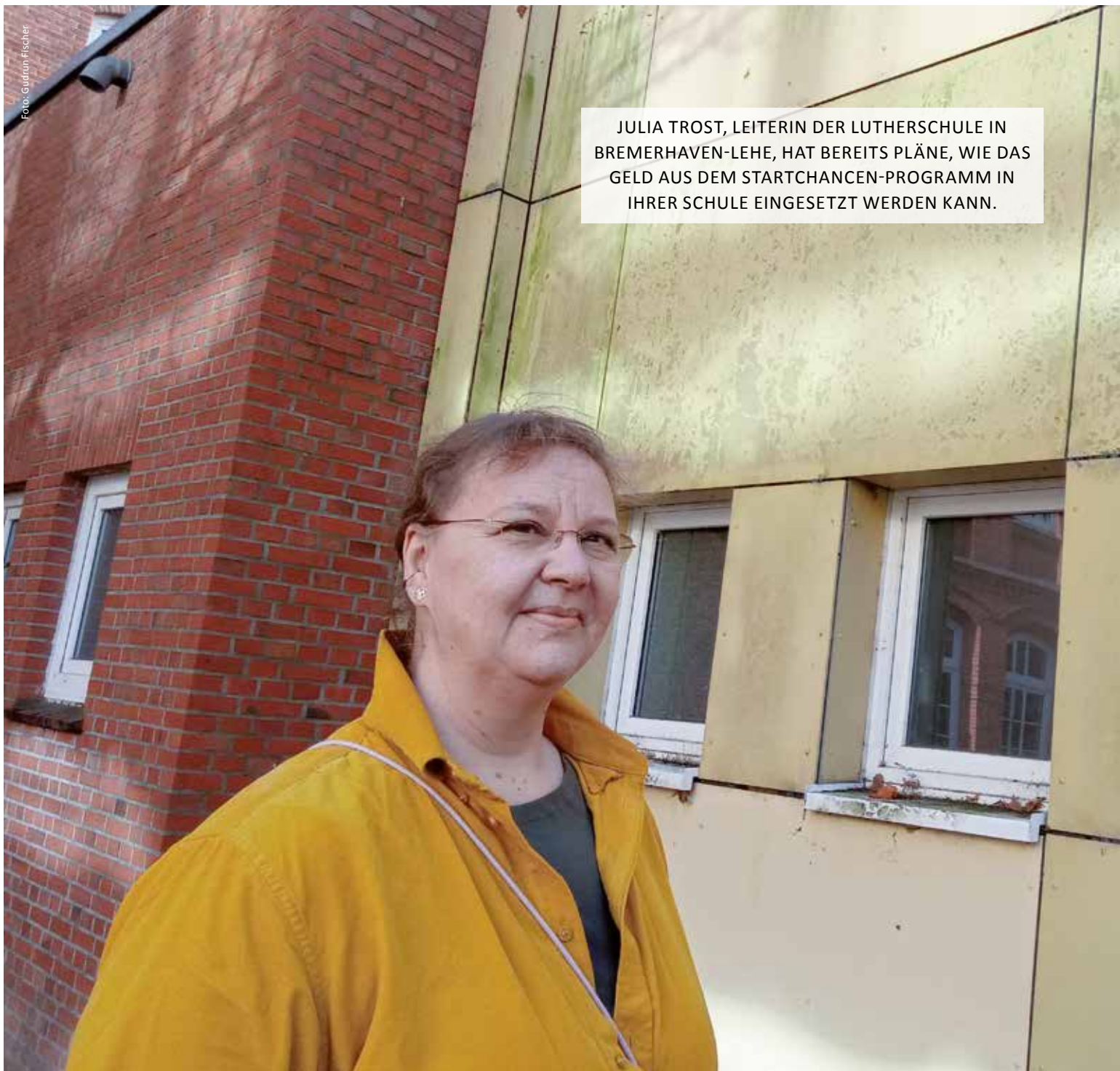


>>> grund – an der Lutherschule sind es 90 Prozent. „Manche Kinder kommen an die Schule und sprechen kein Wort Deutsch“, sagt Schulleiterin Trost. Oft werde von den Eltern bei der Anmeldung angegeben, das Kind habe eine Kita besucht, was aber häufig nicht der Wahrheit entspreche. Die Fähigkeiten der Kinder variierten teilweise sehr stark. Auf diese Unterschiede müssten die Lehrerinnen und Lehrer eingehen. Und das entsprechende Unterrichtsmaterial müsse vorrätig sein. Trost ist neben ihrem Schulleiterinnen-Job noch Klassenlehrerin einer 4. Klasse. „Früher hatte ich für ein Thema ein Arbeitsblatt – und noch eins in Reserve, das ein bisschen leichter war. Jetzt habe ich fünf verschiedene

Blätter für ein Thema. Und noch zwei weitere Angebote für die Kinder, die noch nicht so weit sind.“

**Immer mehr Schülerinnen und Schüler,
immer weniger Geld für pädagogisch
notwendige Maßnahmen.**

Um die Nöte der Kinder aufzufangen, wollen die beiden Schulleiterinnen neben der Anstellung einer Schulpsychologin Lernwaben in den Schulfluren zur Entzerrung der Klassenräume aufstellen. Die sähen aus wie Bienenwaben oder wie größere Strandkörbe, sagt Trost. Bis zu 20 dieser Lernwabenschachteln sollen angeschafft



JULIA TROST, LEITERIN DER LUTHERSCHULE IN BREMERHAVEN-LEHE, HAT BEREITS PLÄNE, WIE DAS GELD AUS DEM STARTCHANCEN-PROGRAMM IN IHRER SCHULE EINGESETZT WERDEN KANN.

werden. „Das kommt gut bei den Kindern an. Es sind Rückzugsmöglichkeiten. Danach sehnen sich einige Kinder.“ Aber noch müssen die Schulleiterinnen dafür Kostenvoranschläge einholen. Eine Lernwabe kostet zwischen 2.000 und 4.000 Euro.

Überbelegung und Kürzungen engten den Spielraum an der Lutherschule in den vergangenen Jahren immer mehr ein, sagt Kühne. „Früher konnten wir noch ein Fahrradtraining anbieten. Die Kolleginnen und Kollegen gingen dann mit ein paar Kindern in die Turnhalle.“ Aufgrund der gestiegenen Zahl der Schülerinnen und Schüler ist die Turnhalle jetzt aber immer belegt, sodass Fahrradstunden nur noch im Sommer möglich sind. Wichtig ist Trost auch

das Programm „Mama lernt Deutsch“: „Das wurde total gut angenommen, weil dann für die Mütter eine Betreuung der jüngeren Kinder möglich war. Sie konnten die deutsche Sprache lernen, sodass sie im Alltag zurechtgekommen sind, ohne dass ein älteres Kind übersetzt hat.“ Doch das Programm wurde in Bremen eingestellt.

Alle 43 Bremer und Bremerhavener Schulen im Startchancen-Programm erhielten Plaketten, die nun in den Eingangsbereichen hängen. Diese seien ziemlich unauffällig und klein ausgefallen, finden die beiden Schulleiterinnen. „Aber ich möchte ohnehin mit der Arbeit überzeugen und nicht über Plaketten“, so Schulleiterin Trost.

Noch ist die Ausbeute im Rahmen des Startchancen-Programms für die Lutherschule gleich null. Immerhin wird die neue Schulmaterialgrundausrüstung für jeden Klassenraum noch in diesem Schuljahr eingekauft. Außerdem startet im Mai eine Kunstpädagogin aus der Bremer Kunsthalle mit ihrer Arbeit. Sie wird aus dem Budget des Startchancen-Programms bezahlt und arbeitet mit Klassen der 2. Jahrgangsstufe. Welche Art Kunst die Kinder produzieren, dürfen sie dann selbst entscheiden. ■



Programm für mehr Chancengleichheit

Mit dem Startchancen-Programm, das am 1. August 2024 zum Schuljahr 2024/2025 begann, wird für 4.000 Schulen in benachteiligten Stadtteilen Deutschlands zehn Jahre lang eine Milliarde Euro pro Jahr bereitgestellt. Eine weitere Milliarde pro Jahr sollen die Länder beisteuern, dabei dürfen sie jedoch laufende Programme in Anrechnung bringen. Wenn alles klappt, fließen also in den nächsten zehn Jahren 20 Milliarden Euro in allgemeinbildende Schulen. 8,8 Millionen Kinder gehen hierzulande zur Schule, über eine Million Kinder soll vom Startchancen-Programm profitieren. Es sei das größte Bildungsprogramm in Deutschland, hatte die Ampelkoalition zum Start des Programms im vergangenen Jahr verkündet. Damit solle ein Beitrag dazu geleistet werden, Bildungserfolg stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Aktuell profitieren 2.125 Schulen von dem Programm. In Bremen und Bremerhaven wurden 43 Schulen ausgewählt, für diese stehen 20 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. G. F.

LERNEN IM EIGENEN TEMPO

MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Bundesweit haben mehr als 180.000 Jugendliche kein Zuhause. Sie leben in Unterkünften, manche hausen auf der Straße. Viele sind Schulabbrecher. „Straßenschulen“ ermöglichen diesen jungen Menschen einen Bildungsabschluss. Ein Besuch in Dortmund.

Er komme „so gut wie jeden Tag“, sagt Oliver (Name geändert), 22 Jahre. „Gegen 12 Uhr, vielleicht auch 13 Uhr“ treffe er ein. Und bleibe bis 16 Uhr. Ihm gefalle, „dass man hier mit eigenem Tempo lernen kann“. Und wenn Fragen auftauchten, habe immer jemand Zeit für ihn. Der kräftig gebaute junge Mann, Brille, weißes T-Shirt, berichtet: Ein halbes Jahr lang habe er keine Wohnung gehabt, musste bei Freunden übernachten. Das Jobcenter empfahl ihm, sich an die Straßenschule „Prejob



SOZIALARBEITER TIMM RIESEL IM GESPRÄCH MIT EINER SCHÜLERIN. „WER DEN GLAUBEN AN DIE ZUKUNFT WIEDERGEWONNEN HAT, DER WILL WEITERKOMMEN“, SAGT DER LEITER DER STRASSENSCHULE „PREJOB DORTMUND“.

Foto: Institut für Pädagogikmanagement gGmbH

Dortmund“ zu wenden. Seit zwei Jahren sei er nun hier, lebe von Bürgergeld, erzählt er. Er wolle den Realschulabschluss nachholen. Sein Lieblingsfach: Biologie. „Momentan bearbeite ich das Thema Blutkreislauf“, sagt Oliver. Die Straßenschule „Prejob Dortmund“ befindet sich, zehn Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof entfernt, in der Kampstraße 36, einem Bürogebäude. Per Fahrstuhl geht es in den fünften Stock. Der Sozialarbeiter Timm Riesel leitet die Einrichtung. „Wir haben hier Platz für 25 Teilnehmende“, erläutert der 36-Jährige. Zum Team gehören außer Riesel zwei Sozialarbeiterinnen sowie vier „Lernbegleiterinnen und -begleiter“. Das sind Lehramtsstudierende ab dem dritten Fachsemester, angestellt mit einem Werkstudierendenvertrag. Träger der Einrichtung ist die Off Road Kids Stiftung, eine gemeinnützige Einrichtung mit Sitz in München, die Projekte zugunsten von Straßenkindern und jungen Obdachlosen in Deutschland fördert.

Die meisten jungen Menschen, die die Schule aufsuchen, sind psychisch erkrankt oder haben ein Suchtproblem.

Zu „Prejob Dortmund“ gehören zwei Büros, Teeküche, zwei Lernräume und der Ankunftsbereich. Dort steht ein Schrank mit abschließbaren Fächern. „Alle Teilnehmenden haben hier ihren Spind“, erläutert Riesel. „Für persönliche Dinge, aber auch für die Schulmaterialien.“ Im Lernraum nebenan: zwei grün-weiße Tische mit jeweils vier, durch Sichtblenden abgetrennte Arbeitsplätze. „Da kann man in Ruhe sitzen und seine Aufgaben erledigen“, sagt Riesel. Wer Hilfe benötigt, geht in den zweiten Lernraum. „Hier bieten wir Einzelnachhilfe an.“ Weitere Funktion des Raumes: „Wer einen schlechten Tag hat, kann sich dorthin zurückziehen.“

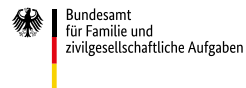
Die meisten jungen Menschen, die die Einrichtung aufsuchen, haben schwerwiegende Probleme. „Psychische Erkrankungen spielen eine große Rolle“, etwa Depression, Schizophrenie oder Impulskontrollstörung, erläutert Riesel. Auch Sucht-Erkrankungen seien verbreitet. „Wir beraten, dass man das ärztlich checken lässt.“ Auch zu Drogenberatungsstellen pflege die Straßenschule engen Kontakt. Doch werde kein Zwang ausgeübt. Allerdings stehe in den Hausregeln von „Prejob Dortmund“, dass kein Teilnehmender „konsumiert hierherkommen darf“. Wer angetrunken, bekifft oder vollgedröhnt erscheint, muss wieder gehen. „Wir wollen verhindern, dass Triggerpunkte gesetzt werden“, betont Riesel. >>>

Du hast es nicht anders verdient, hat er gesagt.

Aber jetzt rede ich:



08000 116 016  **HILFE TELEFON**
GEWALT GEGEN FRAUEN



anonym + kostenfrei + 24 h + mehrsprachig
Online-Beratung: www.hilfetelefon.de



**Elisabetha Braude,
Jüdische Wurzeln**



**Setz ein Zeichen für Respekt,
Vielfalt und Demokratie.**

**Die Gründe für Verfolgung
sind nicht Geschichte.
Ich baue mit an einem
digitalen Denkmal für die
Opfer des Nationalsozialismus.
Mach mit unter aroa.to/enc**

**#every
name
counts**

Eine Initiative der Arolsen Archives

>>> Der Wohnungslosenbericht der Bundesregierung von 2024 zeigt: Bundesweit gibt es 176.000 wohnungslose Menschen, die jünger als 25 Jahre sind und die in Sammelunterkünften oder anderen Einrichtungen untergebracht wurden. Hinzu kommen gut 5.000 Wohnungslose in diesem Alter, die zumeist auf der Straße leben.



Beziehungsarbeit ist die Grundlage eines jeden Lernprozesses.



MATTHIAS FISCHER,
PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE HEIDELBERG

Eine Studie aus dem Jahr 2016 kam zum Ergebnis: Von 205 wohnungslosen Jugendlichen besaßen 30 Prozent trotz entsprechenden Alters keinen Schulabschluss. Viele wohnungslose Jugendliche hätten „multiple negative Erfahrungen im Schulsystem gesammelt“, erklärt Matthias Fischer, 30 Jahre, der an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg zum Thema Straßenschulen promoviert. Die jungen Leute berichteten von „Mobbing oder Problemen mit einzelnen Lehrkräften“. Sie erlebten dort „ähnliche Ausgrenzungstendenzen wie in der Familie“. Die schwierigen Lebensumstände und die negativen schulischen Erlebnisse, so Fischer, führten zu



Foto: IMAGO/Reif Zöllner

„Abkehrspiralen, bestehend unter anderem aus Absentismus und Leistungsproblemen“. An deren Ende stehe oft der Schulabbruch.

Fischer untersuchte, begleitet von seiner Doktormutter Prof. Manuela Welzel-Breuer, wie Bildungseinrichtungen aussehen müssen, damit sie den Bedürfnissen wohnungsloser Jugendlicher gerecht werden. Dazu befragten sie Lehrkräfte und Verantwortliche von bundesweit zwölf Straßenschulen und werteten Studien aus. „In diesen Straßenschulen ist Beziehungsarbeit die Grundlage eines jeden Lernprozesses“, betont Fischer. Zu den Erfolgsfaktoren gehörten eine „Kultur der Wertschätzung“, ein höherer Betreuungsschlüssel als an herkömmlichen Schulen sowie flexible Schulzeiten. Wichtig sei, dass „individuelles Lernen mit ausreichender Zeit“ angeboten werde – und nicht vorgegebene Inhalte, die „im Gleichschritt durchgegangen werden müssen“. Herkömmliche Bildungseinrichtungen wie Abend- oder Kollegschaften seien für solch ein Konzept „nicht flexibel genug“. Auch könnten sie zumeist keine zusätzliche Unterstützung, etwa durch Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, anbieten.

Einmal im Jahr findet eine externe Prüfung an einer staatlichen Schule statt.

Und wo machen die Teilnehmenden von „Prejob Dortmund“ ihren Schulabschluss? Einmal im Jahr finde eine externe Prüfung statt, erklärt Riesel. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden jeweils Anfang Februar beim Dortmunder Schulamt oder der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg angemeldet. Dann erfahren sie, welcher staatlichen Schule sie für die Prüfung zugeordnet sind. „Von Februar bis Mai laufen bei uns die Vorbereitungen.“ Im Mai beginnt die Prüfungszeit. „Wir treffen uns dann morgens und fahren gemeinsam hin.“ Jemand von „Prejob Dortmund“ wartet vor der Tür und nimmt die Teilnehmenden anschließend wieder in Empfang. Das sei besonders wichtig, „wenn eine Prüfung in den Sand gesetzt wurde“, betont Riesel. „Dann ist jemand da, der sie auffängt und beruhigt.“

Auch Oliver steht bald vor der Abschlussprüfung. Und was will er nach der Mittleren Reife machen? „Ich will das Abitur nachholen“, sagt der 22-Jährige. Riesel traut ihm das zu. „Wer den Glauben an die Zukunft wiedergewonnen hat, der will weiterkommen“, erklärt Riesel. „Dafür ist Oliver ein gutes Beispiel.“ ■

Weitere Infos: gew.de/ew-3-25

„DIE GROSSEN UNTERSCHIEDE MÜSSEN ANGEANGEN WERDEN“



ANDY SCHIELER

IST PROMOVIERTER ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTLER UND ENTWICKLUNGSPSYCHOLOGE.
ER ARBEITET AM INSTITUT FÜR BILDUNG, ERZIEHUNG
UND BETREUUNG IN DER KINDHEIT AN DER HOCHSCHULE KOBLENZ.

INTERVIEW: JEANNETTE GODDAR
freie Autorin

Dass es Schulen gibt, in denen sich Probleme wie Armut, Bildungsbenachteiligung und Herausforderungen wie Integration und Migration ballen, ist bekannt. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) legt nahe, dass Ähnliches auch für den Kita-Bereich gilt. E&W sprach mit dem Co-Autor der Studie, Andy Schieler.

E&W: „Kitas 2. Klasse?“ heißt eine Studie, die Sie für die FES erstellt haben. Das klingt besorgniserregend. Gibt es tatsächlich Kitas erster und zweiter Klasse?

Andy Schieler: Das Fragezeichen steht bewusst im Titel, unter anderem, weil sich unsere Studie allein auf Einschätzungen der Kita-Leitungen stützt. Wir haben eine Reihe Hinweise gefunden, dass benachteiligte Kinder in ihren Kitas weniger Chancen auf eine qualitativ hochwertige Bildung bekommen als der Nachwuchs aus besser gestellten Familien in ihren Einrichtungen.

E&W: Wie sind Sie für Ihre Studie vorgegangen?

Schieler: Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) befragt in seiner Untersuchung „Entwicklung von Rahmenbedin-

>>>

>>> gungen in der Kindertagesbetreuung“ (ERIK) regelmäßig Kita-Leitungen nach den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Wir haben die Daten aus dem Jahr 2020 erst einmal dahingehend betrachtet, wie hoch Kita-Leitungen den Anteil sozioökonomisch benachteiligter Kinder bei sich schätzen.

E&W: Sind Sie auf große Unterschiede gestoßen?

Schieler: Durchaus. Jede sechste Kita-Leitung – 16,4 Prozent – gibt an, solche Kinder nicht in der Einrichtung zu haben. Auf der anderen Seite gehen 13 Prozent von mindestens 31 Prozent benachteiligter Kinder aus. Auch wenn das Schätzungen sind, ergibt sich ein klares Bild. Im nächsten Schritt haben wir zwei Gruppen gebildet: Gruppe A umfasste Kitas ohne, Gruppe B Kitas mit 31 Prozent und mehr sozioökonomisch benachteiligter Kinder. Dann stellten wir fest, dass sich die Herausforderungen in Gruppe B in vielerlei Hinsicht ballen. Die B-Kitas nehmen mehr geflüchtete Kinder auf, werden von mehr Kindern mit Migrationshintergrund besucht sowie von mehr Kindern mit Förderbedarf und Behinderungen.



In Kitas mit vielen benachteiligten Kindern geben die Leitungen signifikant häufiger an, Personalausfälle und Abwesenheiten von sechs Wochen und mehr ausgleichen zu müssen.



E&W: Spiegelt das nicht vor allem die großen sozialen Unterschiede zwischen einzelnen Stadtteilen beziehungsweise Kommunen wider?

Schieler: Der Sozialraum spielt sicher eine große Rolle. Dennoch könnte man nicht nur die Platzvergabe vielfältiger steuern – etwa über die Jugendämter –, sondern auch die Ressourcenausstattung in den Einrichtungen stärker an den Bedarfen vor Ort ausrichten.

E&W: Bekommen Kitas in benachteiligten Regionen mehr Personal?

Schieler: Auf Basis der Daten von immerhin 4.000 Kita-Leitungen ist das offenbar eher die Ausnahme.

Statistisch stehen die B-Kitas mit Blick auf die personelle Ausstattung in vielen Bereichen schlechter da.

E&W: Zum Beispiel?

Schieler: Mehr als jede vierte Leitung gibt an, Stellen wegen mangelnder Bewerbungen sechs Monate und länger nicht besetzen zu können. In Kitas, die überwiegend von Kindern aus bessergestellten Familien besucht werden, sagt das nicht einmal jede fünfte Leitung. Teilweise damit zusammenhängend konnten die B-Kitas im letzten halben Jahr vor der Befragung den Personalschlüssel an 28 Tagen nicht einhalten. Das ist in Arbeitswochentagen gerechnet mehr als ein Monat. In den A-Kitas waren es lediglich 13 Tage.

E&W: Fallen Beschäftigte in Kitas mit einem besonders hohen Anteil benachteiligter Kinder auch häufiger wegen Krankheit aus?

Schieler: Ja, in Kitas mit vielen benachteiligten Kindern geben die Leitungen signifikant häufiger an, Personalausfälle und Abwesenheiten von sechs Wochen und mehr ausgleichen zu müssen. Hier spricht vieles für einen Teufelskreis: Durch den Personalmangel steigen die Belastungen. Diese führen zu Ausfällen, zu noch mehr Belastungen und zu weiteren Ausfällen.

E&W: Haben Sie untersucht, wie die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas ausgebildet sind?

Schieler: In den B-Kitas ist der Anteil des nicht pädagogisch ausgebildeten Personals etwas höher als in den A-Kitas. Uns hat überrascht, dass diese Einrichtungen hinsichtlich der Qualifikation des pädagogischen Personals nicht besser aufgestellt sind. Es spricht viel dafür, Erzieherinnen und Erzieher für die Arbeit mit benachteiligten Kindern besonders zu qualifizieren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Arbeit mit Kindern wie deren Eltern ist herausfordernder, wenn diese andere Sprachen



Kitas sind nicht erst seit dem Kita-Qualitätsgesetz, sondern bereits seit Jahrzehnten gehalten, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen.





Cartoon: Freimut Woessner

als Deutsch sprechen. Von einer aktuellen Umfrage des Deutschen Kitaleitungskongresses (DKLK), an der ich ebenfalls mitgearbeitet habe, wissen wir, wie weit die Zahl der Sprachen zwischen Kindern und Personal auseinanderklafft: Im Mittel werden in einer Kita von den Kindern sechs verschiedene Sprachen gesprochen, die Erzieherinnen und Erzieher sprechen drei. Auch das ist eine Herausforderung.

E&W: Sie haben gesagt, dass Kitas mit einem hohen Anteil benachteiligter Kinder mit Blick auf die personelle Besetzung in vielen Bereichen schlechter dastehen als Kitas mit einer besseren Sozialstruktur. Gibt es auch Ausstattungsmerkmale, bei denen diese Einrichtungen bessergestellt sind?

Schieler: Ja, der Bereich Personalbindung und -entwicklung spielt in diesen Kitas eine größere Rolle. Dazu gehören zum Beispiel Möglichkeiten der individuellen professionellen Weiterentwicklung, Supervision, Hospitation in anderen Einrichtungen und Angebote zur Gesundheitsförderung. Auch die Arbeitszeiten sind statistisch gesehen flexibler. Zum Teil spiegelt sich hier wider, dass sozioökonomisch benachteiligte Kinder häufiger größere Kitas besuchen, in denen manche Maßnahmen etablierter sind. Das Gleiche gilt für große Träger.

E&W: Was sollte aus Ihren Erkenntnissen folgen?

Schieler: Zunächst einmal sollten sie thematisiert werden. Denn Kitas sind nicht erst seit dem Kita-Qualitätsgesetz, sondern bereits seit Jahrzehnten gehalten, „Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen“ – so hält es das Sozialgesetzbuch (SGB) VIII in seiner Fassung von 1990 für die Kinder- und Jugendhilfe fest. Um herauszufinden, wo es gelingt, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, und wo nicht, braucht es zudem weitere Forschung.

E&W: Haben Sie auch Vorschläge für einen besseren Ausgleich von Benachteiligungen?

Schieler: Unter anderem empfehlen wir einen Kita-Index, der die Zusammensetzung aller Einrichtungen erfasst. Dieser wäre eine gute Basis, um dort, wo es mehr Herausforderungen gibt, mehr Ressourcen zuzuteilen. Noch besser wäre es allerdings, die großen Unterschiede anzugehen, indem die Ballung vieler benachteiligter Kinder in wenigen Einrichtungen von vornherein vermieden wird. Dazu müsste man sich die Sozialräume anschauen, die Stadtplanung und den Wohnungsbau verändern. Das ist natürlich ein komplexes Unterfangen – doch einer chancengerechteren Bildung wäre damit gedient. ■

Download der Publikationen: gew.de/ew-3-25



Sprachen
Deutsch

DEUTSCHKURSE SOLLEN VOR ALLEM DIE INTEGRATION VON EINWANDERINNEN UND EINWANDERERN IN DEN ARBEITSMARKT ERLEICHTERN.

SPRACHE ALS SCHLÜSSEL ZUR INTEGRATION

KATJA HANKE
freie Journalistin

Seit 20 Jahren lernen eingewanderte Menschen Deutsch in Integrationskursen. Fachleute bemängeln, dass

nicht alle Teilnehmenden gleich gut von den Kursen profitieren, und fordern ein flexibleres Deutschlernen.



Foto: IMAGO/Depositphotos

Im Integrationskurs an der Mannheimer Abendakademie schaut Dozentin Lioba Geier auf elf Teilnehmende, die an Tischen in U-Form sitzen. Die Menschen im Kurs lernen seit sechs Monaten Deutsch. 600 Stunden Sprachkurs haben sie schon hinter sich, in weiteren 100 Stunden erfahren sie noch Wichtiges zu Politik, Geschichte und Kultur. An diesem Morgen geht es um das Thema „Familie und Zusammenleben“. „Was bedeutet denn ‚alleinerziehend‘“, fragt Geier in die Runde. „Das ist zum Beispiel ‚Ich habe nur meine Mutter‘“, antwortet eine junge Frau. Geier nickt bestätigend. „Genau, vielleicht eine Mutter mit einem Kind oder zwei Kindern“, sagt Geier. „Es kann aber auch ein Vater sein.“ Die Atmosphäre im Kurs ist familiär und vertraut. „Das

ist wichtig“, sagt Dozentin Geier. „Schließlich verbringen wir einige Monate fünf Tage die Woche von 9 bis 13 Uhr zusammen.“

Nachdem Geier und die Lernenden wichtige Wörter geklärt und Fotos von Familienformen beschrieben haben, hören sie fünf kurze Statements zu verschiedenen familiären Situationen. Die Lernenden sollen notieren, wie die Personen leben. Danach vergleichen sie gemeinsam die Informationen.

Die Integrationskurse gibt es seit 2005. Sie sollen eingewanderte Personen in sechs bis neun Monaten auf ihr Leben in Deutschland vorbereiten. Insgesamt 1,24 Milliarden Euro stellte der Bund 2024 für die Kurse zur Verfügung. Kurzzeitig hieß es im vergangenen Herbst, die Mittel würden 2025 halbiert. Nach heftigen Protesten gab das Bundesinnenministerium im November 2024 Entwarnung: Die Finanzierung bleibe gleich. Allerdings wird es einige Änderungen geben, so gibt es zum Beispiel weniger Fahrtkostenzuschüsse und keine Wiederholungsstunden mehr.

Menschen mit wenig schulischer Vorbildung profitieren von den Kursen kaum.

Doch was bringen die Kurse überhaupt? „Auf der einen Seite sind sie ein Erfolg, weil die Menschen durch sie eher in Arbeit kommen“, sagt Christoph Schroeder, Professor für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache an der Universität Potsdam. Er forscht zu Migration und Sprache. „Die Kurse bringen aber vor allem denen etwas, die Vorbildung mitbringen, und von denen ein Großteil vielleicht auch ohne sie erfolgreich wäre.“ Das sei zwar etwas zugespitzt, sagt er, doch hier liege ein großes Problem. Denn Menschen mit wenig schulischer Vorbildung profitieren kaum; sie verlieren schnell den Anschluss oder brechen die Kurse oft ab.

Integrationskurse unterliegen einem straffen Zeitplan. Denn mit relativ wenig finanziellen Mitteln und in kurzer Zeit sollen hohe sprachliche Ziele erreicht werden. Das hat zur Folge, dass Lehrkräfte durch den Stoff rasen müssen und fast keine Zeit haben, Gelerntes zu festigen und auch zu wiederholen. Geier findet das oft frustrierend – für sich und ihren Unterricht, aber vor allem für die Teilnehmenden. „Sie bekommen Input, Input, Input, in fünf Unterrichtsstunden an fünf Tagen in der Woche“, sagt sie. „Die Leute wissen gar nicht, wann sie das alles verarbeiten sollen.“ Hinzu kommt: Sehr viel davon ist Grammatik. „Das führt zu großer

>>>

>>> Überforderung bei jenen, die in ihren Muttersprachen kaum richtig beschult sind.“

Das rasante Tempo und die viele Grammatik sind für Lernende, die schon eine Fremdsprache sprechen und vielleicht Abitur haben, herausfordernd, jedoch machbar. Aber nicht für die, die nur wenige Jahre in der Schule waren. Mit ihnen müssen die Lehrkräfte erst einmal einüben, wie man formell lernt und wie zum Beispiel ein Lehrbuch aufgebaut ist. Dafür ist aber keine Zeit. Offiziell gibt es spezielle Kurse für langsam Lernende, doch in der Praxis werden sie fast nicht angeboten. Denn die Sprachlehreinrichtungen brauchen eine Mindestteilnehmerzahl, damit ein Kurs sich rechnet. So lange wollen sie meist nicht warten. Denn Kurse müssen so schnell wie möglich beginnen. Und so sitzen alle in einem Kurs: Menschen mit Hochschulabschluss und jene, die in ihren Herkunftsländern nur wenige Jahre in der Schule waren.

Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte sind prekär.

Das ist auch im Kurs von Geier so. Gerade betrachten alle Fotos zu verschiedenen Familienkonstellationen und sollen diese beschreiben. Das ist wichtig für die mündliche Prüfung, deshalb wird es immer wieder geübt. An diesem Tag sind drei Männer und acht Frauen im Kurs. Sie kommen aus der Türkei, aus Kuba, Indien, der Ukraine, Griechenland und Rumänien. Ein paar Teilnehmende fehlen. Eine türkische Frau beschreibt das Foto einer Großfamilie und erzählt, dass sie auch so aufgewachsen sei. „Ich liebe meine Großfamilie sehr“, sagt sie und schaut dabei wehmütig. Die Integrationskurse haben vielen Menschen geholfen, sich in Deutschland besser zurechtzufinden und in Arbeit zu kommen. Gleichzeitig sind sie immer wieder in der Kritik: zu viel Bürokratie, zu akademisch und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte prekär. Zwar betont die Bundesregierung immer wieder, wie wichtig die Lehrkräfte für das Gelingen der Integration seien und dass sie dafür hoch qualifiziert sein müssten, in der Bezahlung und den Arbeitsbedingungen spiegelt sich das aber nicht wider. Rund 70 Prozent von ihnen sind Honorarkräfte. So auch Geier. Zwar ist das Honorar in den vergangenen Jahren gestiegen, auf zuletzt 42 Euro pro Unterrichtsstunde, aber: „Ich zahle davon meine kompletten Sozialabgaben allein“, sagt Geier. „Ich bekomme kein Urlaubsentgelt und keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ich werde nur für die Unterrichtszeit bezahlt.“ Findet kein Kurs statt, verdient sie kein Geld. Auch die Tätigkeiten

außerhalb des Unterrichts werden nicht bezahlt, wie etwa die Vorbereitungszeit und Korrekturen. „Es wird immer argumentiert, diese Arbeiten seien im Honorar mit inbegriffen“, sagt sie. „Um von meinem Einkommen leben zu können, habe ich letztlich ein Wochenkontingent von 50 bis 60 Stunden.“



Die Integrationskurse brauchen professionelles Personal mit guten Arbeitsbedingungen, fester Anstellung und tariflicher Bezahlung.



RALF BECKER,
GEW-VORSTANDSMITGLIED BERUFLICHE BILDUNG
UND WEITERBILDUNG

Geier ist Mitglied des Lehrkräfte-Bündnisses „Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache“ (DaF-DaZ) und setzt sich dort für bessere Arbeitsbedingungen ein. Die Initiative und die GEW arbeiten oft zusammen – auf lokaler und auf Bundesebene. „Die Integrationskurse brauchen professionelles Personal mit guten Arbeitsbedingungen, fester Anstellung und tariflicher Bezahlung“, sagt Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied für den Bereich Berufliche Bildung und Weiterbildung. „Sie müssen daher gut finanziert werden und die Träger der Maßnahmen tarifgebunden sein.“

Fachleute kritisieren an Integrationskursen auch, dass in ihnen zu sehr auf die Prüfung hin gelernt werde. So auch Christoph Schroeder von der Universität Potsdam. Er wünscht sich mehr Flexibilität und mehr Praxis. Zum Beispiel, dass Menschen schon mit geringen Sprachkenntnissen arbeiten und während der Ausbildung oder am Arbeitsplatz weiter Deutsch lernen. „Wenn man Sprache verwenden muss, um in einer kommunikativen Situation zu funktionieren oder ein Problem zu lösen, lernen viele die Sprache sicherlich besser, als wenn sie Sprache verwenden, um im Kurs für einen Test zu funktionieren“, sagt er. Das Projekt „Job-Turbo“ der Bundesanstalt für Arbeit setzt zum Beispiel diese Idee seit Ende 2023 in einigen Fällen um. Gerade mit Blick auf den Arbeitskräftemangel sollte die Bundesregierung diesen Weg ausbauen, so Schroeder. ■

KEIN „RECHT AUF VERGESSEN“ FÜR NS-FUNKTIONÄR

ESTHER GEISSLINGER
freie Journalistin

Das Oberlandesgericht (OLG) Hamburg entschied, dass Zitate aus Briefen des ehemaligen NS-Schulsenators Oscar Toepffer in einem Band der Reihe „Täterprofile“ veröffentlicht werden können.

Darf ein Historiker aus den Briefen eines NS-Funktionärs zitieren, auch wenn nicht alle Nachfahren damit einverstanden sind? Rund sechs Jahre stritten der Autor Hans-Peter de Lorent, die Schulbehörde sowie die Landeszentrale für politische Bildung der Hansestadt Hamburg über diese Frage mit Christel Sachs, einer Enkelin des NSDAP-Mitglieds Toepffer (s. E&W 6/2023). Am Ende entschied das Hamburger OLG: Ja, die Originalquellen und Zitate dürfen weiterhin verwendet werden. Ein „Recht auf Vergessen“, das sich die Klägerin für ihren Großvater gewünscht hatte, gilt nicht für Toepffer, der während der NS-Herrschaft als Schulsenator am Unrechtsstaat mitwirkte.

„In einer Zeit, in der die Aufarbeitung des Nationalsozialismus von aktueller politischer Bedeutung ist, bin ich über diese Entscheidung erleichtert“, sagte de Lorent nach dem Urteil. Der ehemalige Vorsitzende der GEW Hamburg und langjährige Redakteur der „Hamburger Lehrerzeitung“ beschäftigt sich seit den 1970er-Jahren mit dem Thema „Schule unterm Hakenkreuz“. Unter anderem sammelte er Material über damals Verantwortliche in Behörden und Schulen. Daraus entstanden die Sammelbände „Täterprofile“, die die Landeszentrale für politische Bildung herausgibt.



IN EINER DREITEILIGEN BUCHREIHE ARBEITETE AUTOR HANS-PETER DE LORENT DIE BIOGRAFIEN VERANTWORTLICHER IM BILDUNGSSYSTEM WÄHREND DER NS-ZEIT AUF.

Einen Hinweis auf Toepffer erhielt de Lorent von einem Enkel des NS-Funktionärs. Eine Tochter Toepffers übergab ihm schließlich Material, darunter Briefe. 2018 klagte eine Enkelin Toepffers, die Hamburger Rechtsanwältin Christel Sachs, gegen die Veröffentlichung des 2016 erschienenen Bandes. Sie verwies unter anderem auf urheberrechtliche Feinheiten: So seien die Briefe von einem weiteren Familienmitglied überarbeitet worden. In erster Instanz verlangte ein Gericht, dass Zitate nicht mehr wörtlich verwendet werden dürften. Der Hamburger Senat ging in Revision.

„Das Verfahren hatte grundsätzliche Bedeutung. Quellen, auch aus dem familiären Bereich, müssen nutzbar sein für ein möglichst authentisches Bild der Täter“, sagte Bildungssenatorin Ksenija Bekeris (SPD). Nach dem Erfolg vor dem OLG zeigte sie sich erleichtert: „Am Ende haben wir uns zum Vorteil zukünftiger Generationen durchgesetzt.“ Der Autor der „Täterprofile“ schreibt unterdessen weiter: Im April erscheint im Goya-Verlag, Hamburg, sein auf Tatsachen basierender Roman „Goebbels’ Schatten“. Im Mittelpunkt steht Werner Naumann, ein Mitarbeiter des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels, der nach dem Krieg untertauchte und in den 1950er-Jahren im Zentrum einer Verschwörung zur Rehabilitierung des Nationalsozialismus stand. ■

EIN RELIKT AUS ALTEN ZEITEN

PHILIPP THULL

Lehrer und Privatdozent

Sind unangekündigte Leistungstests noch zeitgemäß? Nein, meint E&W-Gastautor Philipp Thull. Er plädiert stattdessen für eine neue Prüfungskultur, die sich am Humboldtschen Bildungsideal orientiert.

Das Pulver scheint noch nicht verschossen; zumindest ist ein Ende der seit Beginn des neuen Schuljahres um die Exen (in Langform: Extemporalen) entbrannten und anhaltenden Scharmützel auf dem Gebiet der bayerischen Schullandschaft noch nicht in Sicht. Kaum ein anderes Thema erhitzt die Gemüter zwischen Bad Kissingen und Berchtesgaden so, wie die unangekündigte Stegreifaufgabe à la bavaroise. Selbst die angestammten Lehrerverbände zeigen sich in dieser Frage – die für manche zur Überlebensfrage im bayerischen Schulsystem geworden ist – uneinig; während die GEW Bayern und der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV) keine Verbindung der Exen zu Leistung und Lernerfolg der Schüler sehen, schwenkt der Bayerische Philologenverband die Fahne der Leistungsgesellschaft, die auch den Jungen so manches – auch Exen – abverlange.

Als Außenstehender, der das bayerische Schulsystem nur aus der Ferne bestaunen und sich vielmehr tagtäglich mit viel Muße durch das rheinland-pfälzische Leistungsbewertungssystem arbeiten darf, stelle ich mir zwei Fragen: Trifft die gegenwärtige Debatte tatsächlich des

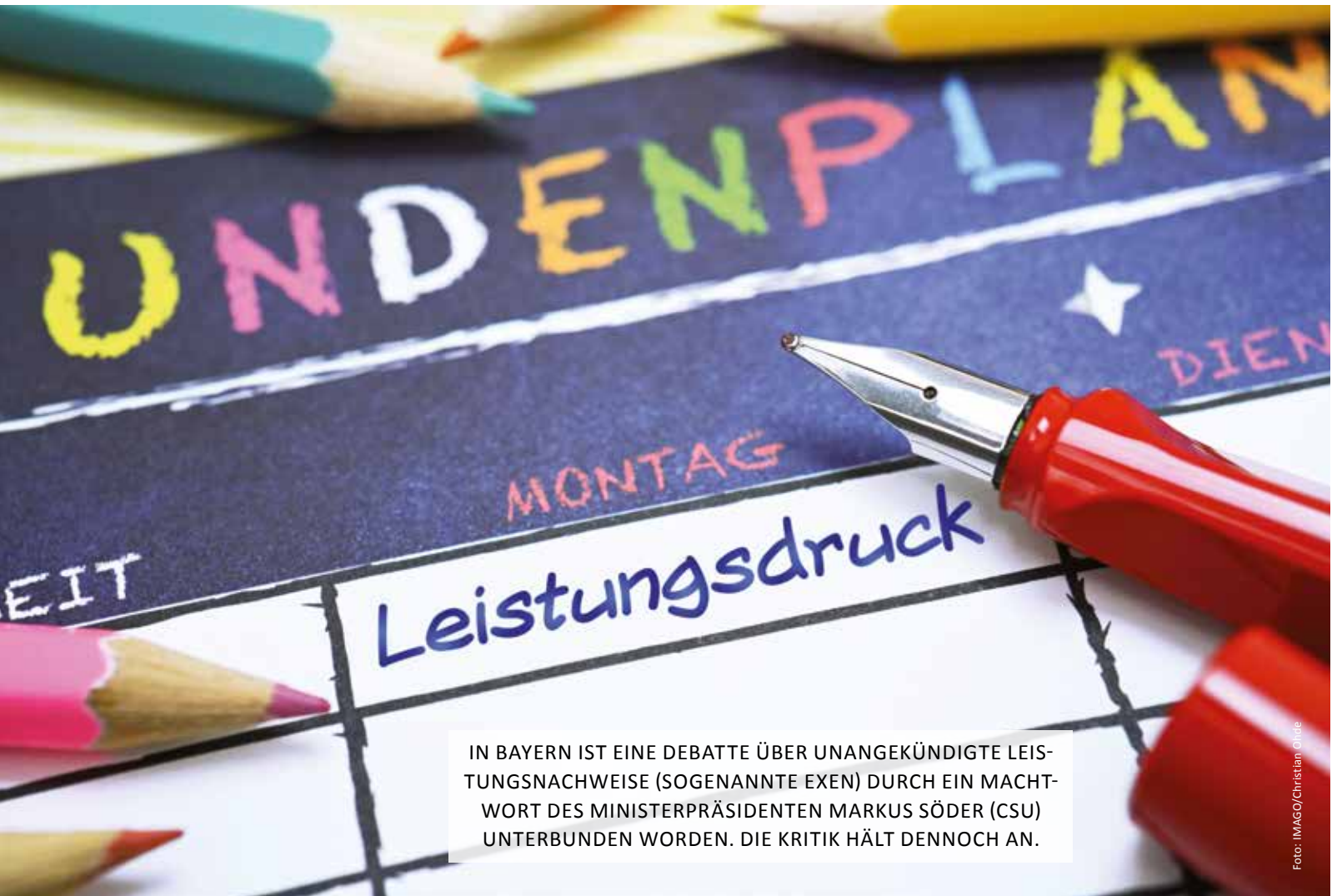
Pudels Kern? Und ferner: Was kann die Schule in dieser Sache eigentlich von der Universität und ihren Leistungsbewertungsmaßstäben lernen?



Exen erwecken leider allzu oft den falschen Eindruck, Sinn des Lernens sei einzig das unter Druck erzielte Lern- und Leistungsprodukt, die gute Note auf dem Papier, das Lob der Lehrkraft.



Sicherlich: Auch andere Schulordnungen erlauben es Lehrkräften, den Leistungsstand ihrer Schülerinnen und Schüler unangekündigt zu messen; so steht es mir als Lehrperson in Rheinland-Pfalz frei, erteilte Hausaufgaben im Zuge der sogenannten Hausaufgabenüberprüfung (HÜ) abzufragen – auch unangekündigt. Allein: Ich mache von diesem rechtlich garantierten Instrument der Leistungsmessung selten oder nie Gebrauch. Erfahrungsgemäß führt die unangekündigte Überprüfung der zuvor erteilten Hausaufgaben so gut wie nie zu erfreulichen Ergebnissen, geschweige denn zu einer gesteigerten, den persönlichen Lernerfolg beflügelnden Motivation. Viel sinnvoller erscheint es mir, den Schülerinnen und Schülern durch entsprechende Gestaltung des eigenen Unterrichts den Weg zu solchen Leistungsnachweisen zu ebnet, die einerseits dazu geeignet sind, den eigenen Leistungsstand einzuschätzen und sich mit anderen zu vergleichen, andererseits als Ermutigung zum Weitermachen anregen und das Lernen als einen ganzheitlichen Prozess erfahrbar machen, der vor allem alle weiterbringen will.



IN BAYERN IST EINE DEBATTE ÜBER UNANGEKÜNDIGTE LEISTUNGSNACHWEISE (SOGENANNT E EXEN) DURCH EIN MACHTWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN MARKUS SÖDER (CSU) UNTERBUNDEN WORDEN. DIE KRITIK HÄLT DENNOCH AN.

Foto: IMAGO/Christian Grotte

HÜs und Exen erwecken leider allzu oft den falschen Eindruck, Sinn des Lernens sei einzig das unter Druck erzielte Lern- und Leistungsprodukt, die gute Note auf dem Papier, das Lob der Lehrkraft. Doch kann es unserem Schul- und Bildungssystem wirklich nur darum gehen, ein produktorientiertes, selektives Verständnis von Leistung zu befördern, das Aneignen spezifischer und oft zusammenhangloser Kenntnisse in den Fokus zu rücken und erbarmungslose Bestenauslese von Anfang an zu betreiben? Die hehren Ziele umfassender Bildung, wie sie einst der preußische Gelehrte Wilhelm von Humboldt und andere definiert haben, lassen sich so jedenfalls mitnichten erreichen; eine echte Persönlichkeitsentwicklung, die Aneignung lebenswichtiger sozialer Fähigkeiten und die Etablierung einer werteorientierten Schulentwicklung bleiben da nur gute Mär.

Aus diesem Grund brauchen wir zweifellos eine Reform der Prüfungskultur, die bewusst Rücksicht auf eine Unterscheidung zwischen Lernzeit und Leistungssituation nimmt, den Schülerinnen und Schülern genügend Freiraum zur Erarbeitung und Vertiefung bietet, ohne

den Leistungsgedanken zu vernachlässigen. Ihnen muss die Gelegenheit zum angstfreien, zum adäquaten Lernen gegeben sein, stets wissend und voraussehend, dass und wann sie Erlerntes anwenden müssen. Nicht, weil sie für die gute Note lernen, sondern weil sie einen Lerngegenstand durchdringen, be-, über- und weiterdenken, weil sie Lernen als Voraussetzung einer mündigen und selbstbestimmten Bildung begreifen sollen. Und: Lehrpersonen müssten in ihrem Unterricht eine Feedback-Kultur etablieren, die über die bloße Abfrage des heute Erlernten und übermorgen Vergessenen hinausweist, die der Schülerin oder dem Schüler exakt vor Augen führt, was sie beziehungsweise er bereits beherrscht, wie sie oder er lernt und welche Lernlücken sich noch auftun.

Schulen können in Prüfungsangelegenheiten von den Universitäten lernen.

Könnte die Schule in Prüfungsangelegenheiten nicht auch von der Universität lernen? Sieht man einmal von den Schattenseiten der Modularisierung des

>>>

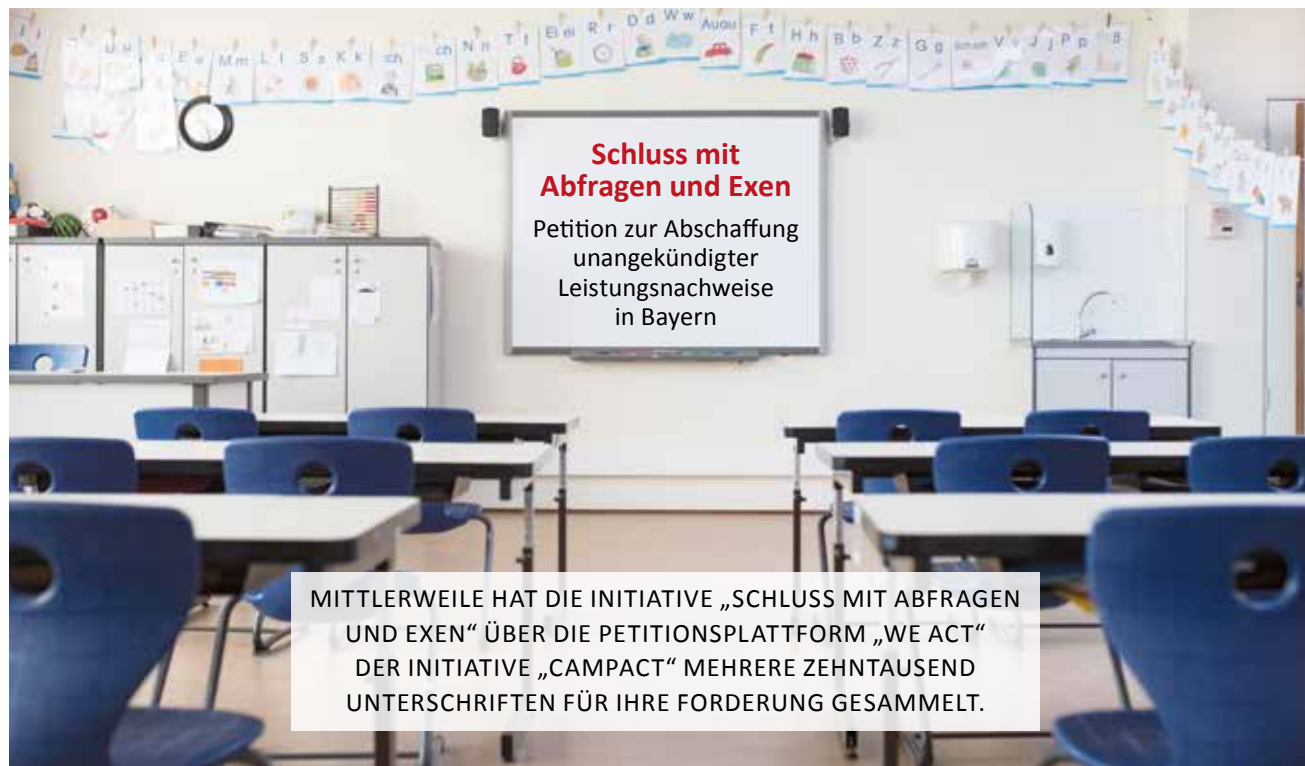
>>> Hochschulwesens ab, ließe sich dem Grundgedanken des Humboldtschen Bildungsideals, das ihr zugrunde liegt, für die Gestaltung schulischer Leistungsmessung einiges abgewinnen, was zuweilen in Vergessenheit geraten scheint. Es ist ja Anliegen wohl jeder Hochschule, Studierende in den selbst gewählten Fächern umfassend zu bilden, ihnen die Aneignung eines möglichst breit angelegten Wissens zu ermöglichen und die Fähigkeit zu autonomem und kritischem Denken zu stärken. Dies geschieht nie auf dem Wege zu kurz greifender und gedachter Stegreifaufgaben; vielmehr kennt die Universität viele Leistungsüberprüfungen, die Studierenden im Vorfeld eigenständiges Arbeiten ermöglichen und auch abverlangen.

Ein breit angelegtes Repertoire an Prüfungsmöglichkeiten lässt genügend Freiraum für den eigentlichen Lernprozess, der jede Einzelne und jeden Einzelnen nach eigener Befähigung und Neigung weiterbringen soll. Die Differenzierungs-, Leistungsüberprüfungs- und Feedbackmöglichkeiten sind hier meist deutlich ausgeprägter als in der Dorfschule aus Vorzeiten, die nur ein begrenztes Angebot an methodischer und didaktischer Kunstfertigkeit kennt. Sie wehrt sich – gottlob – immer noch gegen eine Zweckrationalität, die Lernen und Leistung nur als Mittel zum Zweck gebraucht. Sie strebt danach – und hier tritt der Philosoph Friedrich von Schiller mit

seinem Konzept einer ästhetischen Bildung als Kronzeuge auf den Plan –, Menschen zu „philosophischen Köpfen“ zu machen, die Wissen als ein lebendiges, zusammenhängendes System begreifen, ganz im Gegensatz zu den bloßen „Brotgelehrten“, für die die Aneignung des Wissens allein dem Zweck dient, dem Leben durch Arbeit und guten Lohn einen Sinn zu verleihen.

Auf die heutige schulische Situation angewendet lässt sich vielleicht behaupten: Zwar zeigen die bayerischen Exen den Lehrerinnen und Lehrern – gewiss mehr als den Schülerinnen und Schülern –, was Hänchen und Lieschen aus den Vorstunden gelernt haben mögen, zumindest oberflächlich; eine echte Durchdringung des Stoffes befördern sie aber sicher nicht. Exen sind eher Relikt aus Zeiten, in denen der Nürnberger Trichter seine Hochzeit feiern durfte; mit modernen Lerntheorien, die angstfreie Bildung ermöglichen wollen, haben sie wenig gemein. Richtig ist: Leistung darf und muss sein; und nicht alle werden am Ende dieselbe Leistung erbringen können. Doch: Was jede und jeder Einzelne zu leisten vermag, sollen alle in einem adäquaten Rahmen ohne Zwang leisten dürfen. ■

Philipp Thull ist katholischer Theologe und arbeitet als Lehrer für Deutsch, Ethik und katholische Religion an einer Schule in Rheinland-Pfalz; an der Theologischen Fakultät Fulda und der Philipps-Universität Marburg ist er außerdem als Privatdozent tätig.
Infos zur Petition „Schluss mit Abfragen und Exen“: gew.de/ew-3-25





URSULA HERDT

KLUG, STREITBAR, REFLEKTIERT

*Ursula Herdt ist Anfang Januar verstorben. Sie war von 1997 bis 2005
GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung.*

Mitte Januar erreichte mich die Nachricht vom Tode Ursula Herdts. Damit hat uns eine Persönlichkeit verlassen, die ihren festen Platz in der Geschichte der GEW hat. Ursula Herdt wurde auf dem Gewerkschaftstag 1997 nach langjähriger Tätigkeit für den Landesverband Baden-Württemberg zum Vorstandsmitglied gewählt und verantwortete dieses Amt bis zu ihrem Ruhestand 2005.

Ursula war eine stetige Kämpferin für die Interessen ihrer Gewerkschaft und deren Mitglieder. Bestens vorbereitet und von ihrem Standpunkt überzeugt, war sie jeder Debatte und jedem Mitdiskutanten sprachlich und inhaltlich gewachsen. Der bisweilen störrische Eindruck, den Ursula auf Dritte gemacht haben mag, verflog spätestens dann, wenn man auch außerhalb der (bildungs-)politischen Themen und in privater Runde mit ihr ins Gespräch kam. Dann zeigte sich, dass Ursula über einen großen Sinn für Humor verfügte und auch sehr charmant sich selbst aufs Korn nehmen konnte. Wer einmal von ihr bekocht wurde oder ihre köstlichen Backwaren genießen durfte, behält sie wie ich als vorzügliche Köchin in Erinnerung, die diesen Standard bei gemeinsamen Restaurantbesuchen gewahrt wissen wollte.

Ursula war zudem kulturell vielseitig interessiert: Bis ins hohe Alter hinein gab es keine Urlaubsreise, keinen Film, kein gutes Buch, kein Theaterstück in Berlin, über das man nicht mit ihr sprechen – und streiten – oder sich per E-Mail und Kurznachrichten austauschen konnte, auch wenn sie dabei mit der digitalen Technik haderte.

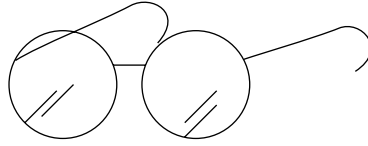
Ursula war in den GEW- und Gewerkschaftsgremien sowie bei den Akteuren der Beruflichen Bildung und Weiterbildung eine feste und geachtete Größe. Stets strahlte sie Kompetenz, Würde und Autorität aus.

Anlässlich ihres Todes haben viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen sowie Mitstreiterinnen und Mitstreiter ihr tiefes Bedauern zum Ausdruck gebracht und Ursula als die charakterisiert, die sie immer war: „Klug, streitbar, reflektiert, gradlinig und unbeirrbar in ihren Überzeugungen“ sind ihre Attribute. Besser kann man Ursula nicht ehren und in Erinnerung behalten.

TORSTEN FUST

Geschäftsführer Internat Solling

MITGLIEDERFORUM



FORDERUNGEN NICHT NACHVOLLZIEHBAR

(E&W 12/2024-1/2025, SEITE 6 FF.: „SCHWERPUNKT-THEMA TARIFRUNDE BUND UND KOMMUNEN 2025“)

Mit einiger Skepsis habe ich die Beiträge zu den Verhandlungen für einen neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (TVöD) gelesen. Bisher stand ich immer hinter den Forderungen der Gewerkschaft und war natürlich Teil der streikenden Mitgliedschaft. Aber dieses Mal kann ich leider nicht nachvollziehen, wie die geplanten Forderungen die Fachkräfte in den Kitas entlasten sollen. Die Rechnung ist einfach: Mehr Urlaubstage gleich mehr Kolleg*innen nicht im Dienst. Das bedeutet nicht weniger Arbeit, sondern mehr.

Wären die Arbeitsbedingungen besser, hätte man nicht das Bedürfnis nach mehr Erholung durch Urlaubstage. (...)

In Ihrem Beitrag schreiben Sie, dass für die vielen Engpässe die Arbeitsbedingungen ausschlaggebend sind. Die werden sich aber keinesfalls durch mehr Urlaub beim Personal ändern. Meine dringende Bitte: Das Kita-Gesetz muss angepasst werden. Nur so schaffen wir Erzieher*innen es heil in die Rente. Dafür würde ich auch wieder mit wehender Flagge der GEW auf die Straße folgen.

Ina Klatt, Mainz

Anm. d. Red: Die GEW setzt sich seit Jahren für ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz mit einheitlichen Standards ein. Zentral ist dabei eine bessere Fachkraft-Kind-Relation, die auch zu einer Entlastung des pädagogischen Personals in den Einrichtungen führt. Das Kita-Qualitätsgesetz ist allerdings nicht Gegenstand der laufenden Tarifverhandlungen zwischen Bund und Kommunen sowie den Gewerkschaften des öffentlichen Diensts.

VERFASSUNGSFEINDLICHKEIT DER AFD VIELFACH BELEGT

(E&W 12/2024-1/2025, MITGLIEDERFORUM SEITE 45: „GEW SOLL SICH AUF IHRE KERNKOMPETENZEN KONZENTRIEREN“)

Eine Kernkompetenz der GEW ist Aufklärung, vor allem auch über rechtsradikale Strömungen. Rechtradikalismus ist antidemokratisch. Schule und andere Bildungseinrichtungen haben die Verpflichtung, sachlich und fundiert zu informieren und sich auch mit den Parteien zu beschäftigen. Verboten ist nur, für bestimmte Parteien oder Gruppierungen zu werben.

Dass die AfD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, hat nicht nur der Verfassungsschutz festgestellt. Die Aussagen von Hendrik Cremer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Menschenrechte, sind keine Zitate, sondern allgemein bekannte Tatsachen, die vielfach belegt sind.

Eine Aufklärung über einen politischen Bildungsauftrag als Stimmungsmache zu bezeichnen, ist daher völlig aus der Luft gegriffen. Lehrende müssen sich auch an das Grundgesetz halten, das uns vorgibt, unsere Demokratie zu verteidigen.

Das Interview mit Cremer ist ein notwendiger Beitrag dazu, auch als Warnung vor den Folgen. Dass die AfD die Bildung, für die die GEW sich einsetzt, nicht nur die Inklusion, sofort abschaffen will, sollte uns zu denken geben.

Ich bin froh, dass es solche klaren Aussagen wie die von Cremer gibt und bin deshalb auch im Ruhestand noch in der GEW. Dem Kollegen Patrick Steinke möchte ich raten, auch weiterhin GEW-Publikationen zu lesen, um informiert zu sein.

Margret Gottschalg, Bayreuth

AUF KERNMISSION KONZENTRIEREN

Als langjähriges GEW-Mitglied schreibe ich diesen Brief, um meine wachsende Besorgnis über die aktuelle Ausrichtung unserer Gewerkschaft auszudrücken. In den letzten Monaten haben wir uns zunehmend in politische Debatten eingemischt, insbesondere in die Kritik und Verurteilung bestimmter demokratisch gewählter Parteien. Ich frage mich, ob der Fokus auf diese Aktivitäten von unserer Hauptaufgabe ablenkt: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen, Lehrer und pädagogisches Fachpersonal.

(...) Themen wie ein angemessener Betreuungsschlüssel, bessere Gehälter und angemessene Arbeitszeiten sollten im Vordergrund unserer Bemühungen stehen. Diese Aspekte sind entscheidend für die Qualität der Bildung und die Arbeitszufriedenheit unseres Personals.

Die Herausforderungen, denen sich unser Bildungssystem gegenüber sieht, zum Beispiel der Mangel an Lehrkräften und die Integration in die Schulen, können nicht allein durch politische Statements adressiert werden. (...) Ich appelliere daher an alle Mitglieder, sich gemeinsam auf unsere Kernmission zu konzentrieren und die politische Arbeit in einen Rahmen zu setzen, der unsere Hauptziele unterstützt und fördert. (...)

Ines Stephan, Reuden/Anhalt

UNBEFRIEDIGENDE FRAGEN UND ANTWORTEN

(E&W 12/2024-1/2025, SEITE 42 F.: „EIN ALBTRAUM“)

(...) Die Fragen der Journalistin Martina Hahn sowie die Antworten des Gewerkschaftssekretärs Miguel Duhalde zu Argentinien klären weder die Fragestellung „Where are we now?“, noch die daraus sich ergebende Fragestellung „And why?“.

Die „Sorgen“ der US-Regierungen nach 1945 waren aus raubtierkapitalistischer Sicht berechtigt, versuchten doch nach Kuba auch andere süd- und mittelamerikanische Staaten sich von der wirtschaftlichen Unterdrückung der USA – es ging vor allem um Bodenschätze sowie die Lebensmittelproduktion – zu befreien. So wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Argentinien wie die meisten Staaten dieses Teilkontinents mit „US-Hilfe“ militärisch-diktatorisch regiert.

Demokratische Regierungen im Sinne der Europäischen Union gab es in Südamerika, somit auch in Argentinien

nie! Staatspräsident Javier Milei, 2023 gewählt, ist Kraft seines Amtes so etwas wie ein Alleinherrscher. Die massiven gesellschaftlichen Verwerfungen, die ihm jetzt vorgeworfen werden, hätte man kommen sehen können, sie waren aus seiner Vita ablesbar, auch hatte er sie vor den Wahlen angekündigt.

Ulrich Bald, Hagen

PRIORISIERUNG ÖFFENTLICHER HAUSHALTE ÜBERDENKEN

(E&W 2/2025, SCHWERPUNKT SEITE 6 FF.:

„BUNDESTAGSWAHL 2025: FORDERUNGEN ZUR BILDUNGSPOLITIK“)

Ihr Schwerpunkt spricht mir aus der Seele. Mich zerreißt seit gut eineinhalb Jahren der Spagat zwischen militärischer Aufrüstung und Sparmaßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich. Ich arbeite bei einem freien Träger. Wir sind, sowohl seitens unserer Einrichtungen als auch als Betriebsräte, mittlerweile bald zwei Jahre im Dauereinsatz gegen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich. Zunächst wurden Kürzungen bei der politischen Bildung angekündigt, dann bei den Freiwilligendiensten. Wir haben an unsere Bundestagsabgeordneten Brandbriefe geschrieben, konnten das eine oder andere abwenden, um jetzt vor neuen Kürzungen bei Jugendmigrationsdiensten und Sprachkursen von Zuwanderern zu stehen.

(...) Bei den von mir betreuten Auszubildenden fiel im vergangenen Ausbildungsjahr monatelang Mathematik aus. In diesem Schulhalbjahr fiel Gemeinschaftskunde aus – eigentlich ein Fach, in dem ja auch ein Stück weit Demokratiebildung betrieben werden könnte. Die Priorisierungen der öffentlichen Haushalte sind dringend zu überdenken.

Stefan Zimmermann, Filderstadt

INKLUSIONSGEDANKEN STÄRKEN

Selbstverständlich begrüße ich es, wenn die GEW anlässlich der Bundestagswahl „eine andere Bildungspolitik (für) das Land“ fordert und den Bund in die Pflicht nimmt (...). Aber ich vermisse eine Hauptforderung: dass wir ein neues integriertes Bildungssystem brauchen; weg von dem selektierenden System in den Sekundarstufen, das seit Jahrzehnten in allen international vergleichenden Studien als hauptverantwortlich

>>>

für die sozial ungerechte Verteilung der Lebenschancen in Deutschland herausgestellt wird; weg von der inklusionsfeindlichen Doppelstruktur von Förder- und Regelschulen, die im Widerspruch steht zur Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen; weg auch von der faktischen Aufhebung der Inklusionspflicht für die Gymnasien, die die anderen Schulen des Sekundarbereichs überfordert.

Diese Forderungen müssten meines Erachtens für die GEW zentral sein! Ohne (bundeseinheitliche) Fortschritte bei diesen Strukturfragen laufen viele andere Forderungen – nach besserer Bildungsfinanzierung, nach besserer Personalausstattung – Gefahr, wieder hauptsächlich nur die Bildung der Kinder besserer Leute zu fördern und damit die Spaltungen in der Gesellschaft zu vertiefen. Wer muss Träger solcher bildungspolitischen Forderungen sein? Sicher nicht nur, aber an der Spitze auf jeden Fall die GEW!

Hansjürgen Otto, Oldenburg

JUNGEN MENSCHEN MEHR ZUTRAUEN

(E&W 2/2025, SEITE 25: „QUERSCHNITTSAUFGABE“)

Ja, unbedingt – politische und historische Bildung muss einen höheren Stellenwert an unseren Schulen bekommen. Von Beginn an und nicht nur am Rande. Auch Grundschüler:innen können auf ihre Weise lernen, was Demokratie ist, was Grundrechte und politische Beteiligung bedeuten. Sie können so begreifen, dass sie ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft sind und dass ihre Bedürfnisse zählen. Und sie sind nicht zu jung, um zu verstehen, dass wir die Entscheidungen nicht den Extremist:innen überlassen sollten.

Und ein zweiter Schritt sollte sein, junge Menschen teilhaben zu lassen an den politischen Debatten in diesem Land. Es ist ihre Zukunft, über die entschieden wird – über ihre Köpfe und Sorgen hinweg. Sie, ihre Ängste, Ansichten, Nöte müssen unbedingt gesehen, gehört und ernst genommen werden. Ja, junge Menschen können schon früher mitentscheiden, auch an den Wahlurnen. Auf der Basis einer umfassenden gesellschaftlichen, politischen, historischen und auch ethischen Bildung. Wir können und sollten ihnen mehr zutrauen.

Sie müssen so oder so das „Haus Zukunft“ bauen – geben wir ihnen wenigstens gutes Werkzeug und Know-how an die Hand!

Sarah Kleefuß, Bammental

NEOLIBERALEN FORDERUNGEN

NICHT NACHGEBEN

(E&W 2/2025, SEITE 28 FF.: „LERNEN INS ZENTRUM DER SCHULE STELLEN“)

Der aktuelle Sprachgebrauch kennt Schulen für Lernförderung. Gibt es im Umkehrschluss Schulen, die das Lernen nicht fördern? Auch ist es für das Lernen nicht förderlich, wenn sich die Lehrkraft nicht für die ihr Anvertrauten und ihre Lernfortschritte interessiert. Soweit die von Bob Blume formulierte Selbstverständlichkeit. Daraus zu folgern, es sei für die pädagogische Praxis nicht relevant, Wissensträger*in zu sein, ist fatal. Wie können Lernfortschritte mit Freude beobachtet werden, wenn ich das wegen mangelnden Wissens nicht zu beurteilen vermag? Aufgabe der Lehrer*innen ist es, in präziser Kenntnis des Gegenstandes, Unterricht so zu strukturieren, dass die Lernenden sich Wissen selbsttätig aneignen können. Dazu bedarf es der genauen Kenntnisse des Lerngegenstandes und der Psychologie, um ihn den Möglichkeiten des Kindes entsprechend zu gestalten. Wir Gewerkschafter*innen dürfen doch nicht der neoliberalen Forderung nach weniger Bildung folgen. Wir brauchen dringend mehr davon! Lehrer*innen müssen zwingend Fachleute für die Dinge sein, die zu klären sind. Ebenso müssen sie die Menschen stärken. Das geht nie ohne Inhalte, nie ohne viel Wissen!

Wolfram Grams, Bremen

WICHTIGER BEITRAG

(E&W 2/2025, SEITE 40 F.: „KINDER ZWISCHEN FLUCHT UND MENTALER GESUNDHEIT“)

Dank den Autorinnen/dem Autor für diesen wichtigen Beitrag. In meiner ehrenamtlichen Arbeit bei der Betreuung Geflüchteter seit 2015, insbesondere von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, ist mir diese Problematik begegnet. In einem Fall schien zunächst der Kontakt zur Tübinger Uniklinik für Psychiatrie und Psychotherapie im Jugendalter hilfreich, der Therapieansatz scheiterte jedoch am Verständigungsproblem.

Möglicherweise hat sich die Situation inzwischen gebessert. Ich denke, dass das Beheben der Sprachschranken genauso wichtig ist wie die Forderung nach psychosozialer Versorgung der geflüchteten Kinder. Das eine

geht nicht ohne das andere. Eine psychotherapeutische Ausbildung zu wagen – das wäre ein gutes Ziel für alle jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die die Voraussetzungen dafür erfüllen.

Cornelia Paulus, Deckenproffronn

KLARE POSITION DER GEW

(E&W 2/2025, MITGLIEDERFORUM SEITE 46: „KLARE GEW-POSITION FEHLT“)

Sehr geehrte Grit Schulze, mit Interesse habe ich Ihren Leserinnenbrief gelesen. Ich vermisste eine klare Position der Bildungsgewerkschaft nicht. Zu dem in Frage stehenden Komplex „Krieg“ habe ich noch keine Antworten der Theologin Margot Käßmann, der BSW-Vorsitzenden Sahra Wagenknecht oder der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) zu der Frage registriert,

wie sie die Geschichte vom Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa erzählen. In meiner Erzählung kommt vor, dass dem verbrecherischen faschistischen Deutschland mit kriegerischer Waffengewalt das Mordwerk gelegt wurde. Wie sehen Sie das?

Richard Lehmann, Berlin

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Ihre Anzeige in der E&W:
Tel. 0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de

PETAKIDS MACHT SCHULE

Das deutschlandweit größte Angebot an Unterrichtsmaterialien zu Umwelt- und Tierschutz für die Primar- und Sekundarstufe I.
Unterrichtsmaterial.peta.de

PETAkids



TOSKANA
Urlaub im BIO-Weingut.
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche.
Ermäßigung für GEW-Mitglieder!
Tel./Fax 0039-571-408041
info@aglion.it, www.aglion.it

www.sielmann-stiftung.de/testament

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Die Quintenzirkeluhr
und viele Lehrmittel am Puls der Zeit

5% E&W-Rabatt mit dem Rabatt-Code: EW25

Uvds DESIGN
Uvds-Design.com
info@Uvds-Design.com
webshop.uvds-design.com

66 DIESE APP KANN LEBEN RETTEN! 55

Krisen Kompass
DIE APP ZUR SUIZIDPRÄVENTION

Kostenloser Download unter krisenkompass.app

DIESMAL

